

UNIA



STÄRKUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Spitäler St. Gallen: Die Widerstandswelle rollt an. Seite 2



Die beste Coop-Aktion seit Jahren:

3 Prozent mehr!

Alles über die Coop-Löhne. Seite 3

Ina Auf der Maur

Esther Nervi



Unia hat neue Verfassung

Gewerkschaft 2.0: Der Kongress passt die Statuten an. Seite 7

Frech, frecher, SFS-Gruppe

Chefs wollen länger arbeiten lassen und Ferien streichen. Bei gleichem Lohn! Seite 2

Stifti? So klappt's!

Was soll aus mir werden? Der grosse work-Ratgeber zur Lehrstellensuche hilft. Seiten 14-15



workedito
Anne-Sophie Zbinden

NOBLESSE OBLIGE

Schweizer Reichenclans sind der Adel in unserem an Prinzessinnen und Prinzen sonst so armen Land. Mehr als ein Drittel der 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer sind Familien, schreibt das Wirtschafts-magazin «Bilanz». Sie besitzen zusammen 346 Milliarden Franken. Sie engagieren sich, meist diskret im Hintergrund, für junge Musik-talente, für sportliche Nachwuchshoffnungen oder gar für die hungerleidende Bevölkerung Afrikas – Noblesse oblige.

TÜRME. So bescheiden sich viele dieser Familien gerne geben, so einflussreich sind sie. Manchmal dort, wo wir es am wenigsten erwarten. Zum Beispiel der Aponte-Clan (Seite 12). Über sein

Die reichsten Familien der Schweiz besitzen zusammen 346 Milliarden.

Privatleben ist wenig bekannt, geraunt wird über seine drei identi-schen Ferienhäuser im Luxus-Skiresort Megève. Die Familie besitzt die Reederei

MSC, ist Weltspitze im Frachttransport (gerne auch mit Schrottkähnen) und auf Platz drei bei den Kreuzfahrtschiffen. Und hat kürzlich zu-sammen mit einem anderen schrecklich Reichen (Johann Rupert, Richemont) für 4,2 Milliarden Franken Mediclinic International gekauft, die Eigentümerin der Hirslanden-Gruppe. Unser Beinbruch, ihr Profit.

Ähnlich sieht es wohl Familie Hoffmann-La Roche-Oeri vom Pharmariesen Roche. Ihr Prunkschloss sind die beiden Türme in Basel, Rekordbauwerke als Zeichen ihrer Macht (Seite 18). Über einen Aktionärspool halten 15 Nach-kommen des Firmengründers Fritz Hoffmann-La Roche 67,5 Prozent der Aktien. Dividenden 2022: 750 Millionen Franken. Da bleibt viel Zeit für Wohltätigkeit. Zum Beispiel bei einem Fuss-ballclub, einem Zoo oder einem Onlinemedium.

SCHLÖSSER. Dass sie einst Zeitungsverleger waren, haben die Coninx-Erbinnen und -Erben vergessen. Sonst würden sie wohl kaum ihre eigenen Zeitungen («Tages-Anzeiger», «20 Minu-ten» usw.) zu Tode sparen (Seite 4). Längst macht der TX-Konzern sein Geld nicht mehr mit Journalismus, sondern mit Homegate, Tutti & Co. Diese Marktplätze hat der Clan zusam-men mit der anderen Grossverlegerfamilie Ringier unter der Swiss Marketplace Group zusammengefasst. Damit entstand eines der grössten Digitalunternehmen der Schweiz und ein willkommener Extrazustupf von 135 Millio-nen für die Familie. Diese hält 70 Prozent der Aktien. Am TX-Tropf hängen 26 Familien-mitglieder und warten auf Nachschub von Familienfirmenoberhaupt Pietro Supino. Unsere Schmalspur-Information, ihr Profit. Profit macht auch der weniger medienscheue Blocher-Clan. Blochers Ems hatte zwar im letz-ten Jahr Börsenpech, doch das kümmert das Schwestern-Trio nicht, das 70 Prozent der Aktien hält. Haben Magdalena, Rahel und Miriam doch trotzdem 332 Millionen Franken Dividenden kassiert. Das ist mehr als die gesamten Personalkosten des Konzerns. Den Sorgen und Nöten der Ems-Mitarbeitenden, denen sie diesen Geldsegen verdanken, können sie sich in ihren Schlössern und Villen vornehm verschliessen (Seite 5).

DUELL. Eine schwerreiche Tochter mit wahrlich noblem Namen fordert ihresgleichen nun aber zum Duell: Marlene Engelhorn. Die Erbin des deutschen Chemiekonzerns BASF hat sich zum Ziel gesetzt, ihr Erbe nicht anzutreten, sondern zu verschenken. Und sie will nichts weniger als eine Revolution der Erbschafts- und Steuerpoli-tik (Seite 13) – Noblesse oblige.

Minus 440 Stellen: Personal kämpft gegen irren Sparplan «Ein Abbau wäre einfach nur fahrlässig»

Die Spitäler kaputt-sparen? Nicht mit uns, sagen Pfleger und Ärztinnen in St. Gallen. Sie haben eine Protestwelle lanciert – und warnen eindringlich vor den Folgen der geplanten Massenentlassung.

CHRISTIAN EGG

Eine eindrückliche Menschenmenge steht am 23. Oktober vor dem Eingang des Kantonsspitals St. Gallen. Rund 600 Pfle-gende, Ärztinnen, Putzmänner, Büromitarbeitende: Gemein-sam protestieren sie gegen das Vorhaben der St. Galler Spitäler. Diese wollen 440 Stellen amputieren – obwohl ihnen schon jetzt, wie fast überall, Pflege-kräfte fehlen (work berichtete: rebrand.ly/nichtmituns).

Mitarbeitende betreten die Tribüne aus ein paar Holzbret-tern und sagen Spitalleitung und Politik die Meinung. Für Annina Hutter, Fachverantwortliche Pflege, wäre es «einfach nur fahrlässig», Stellen zu streichen.

«Wir wären mehr am Computer statt mit den Patientinnen und Patienten.»

BEATRICE FURRER, NOTFALLÄRZTIN

Denn neben Pflegefachleuten sollen auch Pflegeexpertinnen und Ausbilder entlassen werden. Dabei brauche es Expertise für komplexe Fälle, und es brauche eine gute Ausbildung für die Pflegenden von morgen.

Zudem, so Hutter, habe das Stimmvolk vor zwei Jahren die Pflegeinitiative angenommen. Damit habe es klar gezeigt, dass es eine gute Pflege wolle mit guten Arbeitsbedingungen und genügend Personal. Der Abbau-plan des Spital-Verwaltungs-



AUF DER STRASSE: Ein Grossaufgebot an Pflegern, Ärztinnen und weiteren Spitalangestellten protestiert gegen den geplanten Kahlschlag in ihrem Betrieb. FOTO: ANDREA TINA STALDER / ST. GALLER TAGBLATT

rats, so Hutter, «ignoriert den Willen des Volkes».

ÄRZTIN PRANGERT AN

Unter den Protestierenden war auch die Ärztin Beatrice Furrer*. Sie gehe davon aus, dass das Spital nur wenige Ärztinnen und Ärzte entlasse, sagt sie work. «Aber es werden Stellen nicht neu besetzt. Somit werden in Zukunft Fachleute fehlen.» Mehr noch: Auch den geplanten Stellenabbau in der Administra-tion würden Patientinnen und Patienten spüren. In den letzten Jahren habe das Spital versucht, in jeder Station eine Person anzustellen, die die Formulare ausfüllt, Berichte schreibt und so weiter. Das sei im Alltag eine grosse Entlastung, sagt Furrer. «Und ausgerechnet jetzt, wo das langsam zu greifen beginnt, wollen sie solche Stellen wieder streichen?»

Es sei ja klar, wer dann den Papierkram erledigen müsse – die Ärztinnen und Ärzte. «Das heisst, wir müssten wieder öfter am Computer sein statt mit

* Name geändert

den Patientinnen und Patien-ten. Ist es wirklich das, was das Spital will?»

Beatrice Furrer ist müde, nach einer strengen Schicht auf dem Notfall will sie nur noch schlafen. «Das Spital arbeitet schon jetzt an der Kapazitäts-grenze», berichtet sie. Sie sei für bis zu zehn Patientinnen und Patienten gleichzeitig verant-wortlich. Heute sei zu Beginn der Schicht auf ihrer Station noch ein Bett frei gewesen. Mit jeder Person, die vom Notfall auf die Station verlegt werde, sei ein Feilschen ausgebrochen: Welche Station gibt ihr letztes Bett her? Und was, wenn dann ein schwe-erer Fall reinkommt, der genau dieses Bett gebraucht hätte?

PLATZ JA, PERSONAL NEIN

Das sei frustrierend und gehe ihr gegen den Strich, sagt Furrer: «Wir entscheiden nicht mehr nach medizinischen Kriterien, sondern nur aufgrund der Res-sourcen.» Platz wäre schon noch da. Auf der Notaufnahme habe es ungenutzte Behandlungs-plätze. «Aber sie sind abgesperrt. Wegen Personalmangels.»

Die Spitalleitung gab als Ziel vor, dass unter dem Stel-lenabbau die medizinische Quali-tät nicht leiden solle. Dafür hat Ärztin Furrer nur ein bitteres Lachen übrig. Sie ist überzeugt: In ihrem Bereich, dem Notfall, hätte der geplante Abbau Folgen für die Bevölkerung. «Wir sind schon jetzt ständig am Rennen. Wie soll das gehen, wenn wir noch weniger sind?» Es würde nicht gehen. Und was heute schon vorkomme, würde dann zum Normalfall: «Dass Leute, die nicht gerade in kritischem Zustand sind, stundenlang im Wartezimmer des Notfalls aus-harren müssen, bis sich jemand um sie kümmern kann.»

Soli-Demo: Ab auf die Strasse!

Ein Abbau im Gesundheits-wesen würde die ganze Bevölkerung treffen. Um dies der Politik klarzumachen, findet am **11. November** eine Solidaritätsdemo statt. Treffpunkt 13 Uhr, Kornhaus-platz, St. Gallen. Mehr Infos: rebrand.ly/solidemo.

Zwei Stunden mehr arbeiten, dafür eine Woche weniger Ferien Geht's noch, SFS?

Bei der Autozulieferungs-sparte der Firma SFS kommt es zu radikaler Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Stimmung im Betrieb ist auf dem Nullpunkt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Mitteilung erreichte die rund 950 Mitarbeitenden der Firma SFS in Heerbrugg SG am 27. Ok-tober: Per 1. November kommt es für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Autozulieferungs-sparte zu erheblichen Vertrags-änderungen. Konkret: Die Mitar-beitenden müssen wöchentlich zwei Stunden mehr arbeiten, der Lohn bleibt aber gleich. Und dazu kommt noch der Ferien-hammer: Ab 2024 werden fünf Ferientage gestrichen.

Eine langjährige SFS-Mitar-beiterin hat der Redaktion das Dokument mit der Hiobsbot-schaft via Instagram-Kanal von work zugespielt. Sie sagt: «Im nä-heren Umfeld überlegen sich ein

paar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob sie den neuen Ver-trag unterschreiben sollen oder nicht. Sie befürchten jedoch, dass sie nicht so schnell eine neue Arbeitsstelle fin-den werden.»

EINE FRECHHEIT

Auch arbeitsrechtlich sind die Massnahmen bedenklich. Denn: Änderungen im Arbeitsvertrag müssen beide Vertragsparteien zustimmen. Und: Änderungen dürfen nur nach Ablauf der Kün-digungsfrist geschehen. Diese Frist beträgt in den meisten Betrieben zwei bis drei Monate. Im Fall von SFS trat die Änderung aber praktisch übers Wochen-ende in Kraft.

Anke Gähme, Regionalleite-rin der Unia Ostschweiz-Grau-bünden, spricht Klartext: «Die Verschlechterung der Arbeitsbe-

dingungen ist bei der aktuellen Teuerung eine Zumutung für die Betroffe-nen. Denn rechnet man die Arbeitszeitverlän-gerung und die Ferienkürzung zusammen, fällt unter dem Strich fast ein ganzer Monats-lohn weg.»

LAUWARME BEGRÜNDUNGEN

SFS begründet die einschnei-denden Massnahmen gegen-über work mit Kostendruck, Ertragsschwierigkeiten und «uneinheitlicher» Kapazitäts-auslastung. Heisst: Die Profite stimmen nicht, und jetzt müs-sen die Arbeiterinnen und Ar-beiter den Kopf hinhalten.

Weiter heisst es in der Mit-teilung: «Die Mitarbeitenden haben die Möglichkeit, der Ver-tragsänderung stillschweigend zuzustimmen oder die Ableh-

nung schriftlich mitzuteilen. In diesem Fall werden in einem persönlichen Gespräch die Hintergründe der Ablehnung be-sprochen.» Und: Das Manage-ment verzichte freiwillig auf einen Teil des Lohnes. Um wie viel es sich konkret handelt, wird nicht kommuniziert.

Für die work-Informantin ist klar: «Für uns Mitarbeitende werden die Lebensunterhalts-kosten auch immer teurer. Jede drohende Krise wird immer auf uns abgewälzt, und das macht uns sauer!»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter?

work nennt die Namen – auch online! Folgen Sie unseren sozialen Netzwerken:

work – die Zeitung der Gewerkschaft

@workzeitung





ZUFRIEDENE GESICHTER: Die Coop-Verkäuferinnen Ina Auf der Maur und Esther Nervi freuen sich über die Lohnerhöhung. FOTOS: FLORIAN BACHMANN

3 Prozent mehr Lohn für Coop-Verkäuferinnen Ina Auf der Maur und Esther Nervi

«Jetzt können wir ein bisschen dureschnuufe»

Es ist die höchste Lohnerhöhung seit Jahren: Coop-Verkäuferinnen und -Verkäufer erhalten den Teuerungsausgleich, endlich eine Realloohnerhöhung und höhere Mindestlöhne.

CHRISTIAN EGG

Drei Prozent mehr Lohn! Das freut Ina Auf der Maur (43), Kassierin im Coop Adligenswil LU. Zwar bricht jetzt nicht der Wohlstand aus. Aber mit den 140 Franken zusätzlich könne sie ein bisschen «dureschnuufe», wie sie sagt. Am Ende des Monats noch etwas im Portemonnaie haben «und nicht rechnen müssen, was ich in den Wagen lege, damit es reicht».

Es ist die höchste Lohnerhöhung bei Coop seit Jahren. Ab Januar steigen beim Grossverteiler alle Löhne bis 4800 Franken um 140 Franken. Für den tiefsten Coop-Lohn (derzeit 4100 Franken) sind das sogar 3,4 Prozent. Und damit deutlich mehr als die Teuerung, die dieses Jahr laut Seco-Prognose bei 2,2 Prozent liegen wird.

«Die 140 Franken sind ein guter Anfang.»

COOP-VERKÄUFERIN ESTHER NERVI

Das sei «ein starkes Zeichen der Wertschätzung von Coop», sagt Auf der Maur. Wenn sie in den letzten zwei Monaten Kolleginnen oder Bekannten sagte, dass sie zusammen mit der Unia für bessere Löhne kämpfe, hörte sie oft: Du wirst sehen, das gibt sicher nur ein oder zwei Prozent. «Aber es sind drei! So, wie wir das zuvor als rote Linie festgelegt hatten.»

Laut Leena Schmitter, Co-Leiterin Detailhandel bei der Unia, kommt so die Mehrheit der Mitarbeitenden in den Genuss einer generellen Lohnerhöhung, «vor allem auch die langjährigen, die in den letzten Lohnrunden leer ausgegangen sind. Das haben sie nicht nur verdient, sie haben es sich hart erarbeitet.»

Es ist das erfolgreiche Ergebnis der Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften Unia und Syna, dem Kaufmännischen Verband (KV), dem Coop-Angestelltenverband (VdAC) und Coop. Für

Löhne über 4800 Franken gibt es individuelle Lohnerhöhungen, im Schnitt 1,5 Prozent. Zudem steigen die Coop-Mindestlöhne an: Ungelernte haben ab nächstem Jahr mindestens 4200 Franken im Monat zugut, Mitarbeitende mit zweijähriger Lehre 4300, solche mit drei Jahren Lehre 4400 Franken.

COOP HOLT NACH

Vor einem Jahr war Coop nur zu zwei Prozent Lohnerhöhung bereit. Das war weniger als die Teuerung von 2,8 Prozent und damit eine Reallohnkürzung. Kein Wunder, waren die Coop-Mitarbeitenden hässig. Unia, Syna und KV verweigerten geschlossen die Zustimmung (rebrand.ly/cooplohn).

Dieses Jahr war die Forderung der Unia-Branchenkonferenz klar: Coop muss die fehlenden 0,8 Prozent vom letzten Jahr nachholen plus mindestens die Teuerung 2023 ausgleichen. Das macht zusammen exakt drei Prozent. Eine von der Konferenz gewählte Begleitgruppe entschied wie bereits im letzten Jahr nach jeder Verhandlungsrunde über das weitere Vorgehen. Dieses Jahr war die Unia-Position sogar noch stärker demokratisch abgestützt: Nach zwei Verhandlungsrunden ohne Ergebnis organisierte die Unia am 26. September zehn regionale Versammlungen. Fast hundert Mitglieder machten mit. Und neun der zehn Regionen sagten Ja zur roten Linie von drei Prozent.

Für Anne Rubin, Co-Leiterin Detailhandel bei der Unia, war dies der entscheidende Moment: «Jetzt war allen klar: Weniger würde die Unia nicht akzeptieren.» Auch Syna, KV und Coop-Angestelltenverband zogen mit. Ende September war der Abschluss da. Und am 9. Oktober stimmten ihm die rund hundert Unia-Delegierten der Coop-Fachgruppe zu. Mit nur zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme.

Eine Erleichterung für Esther Nervi (55), Verkäuferin im Coop Reichenburg SZ. Als Mitglied der Begleitgruppe hatte sie ihren Kolleginnen und Kollegen ein Ja empfohlen. «Als ich dort vorne sass, habe ich schon ein bisschen gebibbert. Jetzt bin ich glücklich.» Fürs erste. Denn die tiefen Löhne im Detailhandel seien eigentlich eine Frechheit. Drum sagt sie: «Die 140 Franken sind ein guter Anfang. Nächstes Jahr müssen wir dafür sorgen, dass die Löhne mindestens wieder um so viel steigen. Dann kommt es langsam gut.»

Coop: Immer mehr Verkäuferinnen wollen mitbestimmen



IN FEIERLAUNE: Die Coop-Fachgruppe FOTO: UNIA

Bemerkenswert an der diesjährigen Coop-Lohnrunde ist nicht nur das Resultat. Es haben sich auch so viele Verkäuferinnen und Verkäufer engagiert wie lange nicht mehr. Eine davon ist Esther Nervi. Sie ist vor zwei Jahren in die Unia eingetreten. Dieses Jahr wurde sie in die Begleitgruppe gewählt. So nahe an den Verhandlungen dabei zu sein, sei eine «super Erfahrung» gewesen, sagt sie: «Dass ich als normale Mitarbeiterin über meinen Lohn mitbestimmen kann – das ist genial!» Auch Leena Schmitter von der Unia freut sich: «An die Treffen der Coop-Fachgruppe kommen jetzt etwa dreimal so viele Mitglieder wie noch vor ein paar Jahren.»

MEHR DEMOKRATIE. Das ist kein Zufall. In den letzten drei, vier Jahren habe die Unia in allen Regionen konsequent das Netzwerk an Mitgliedern auf- und ausgebaut, so Schmitter. «So konnten wir neue Leute gewinnen, die sich jetzt in ihrem Betrieb für bessere Bedingungen starkmachen.» Parallel dazu hat die Unia die demokratischen Strukturen ausgebaut: Eine Gruppe aus gewählten Mitgliedern begleitet sowohl die Lohn- als auch die GAV-Verhandlungen eng und legt Runde für Runde die Eckwerte fest. Dieses Jahr kamen noch regionale Versammlungen dazu (siehe Haupttext). (che)

Keine WC-Zeit: Genug ist genug

GENF. Nach monatelangen Verhandlungen mit dem Catering-Unternehmen Canonica ziehen die Gewerkschaften Unia und SIT die Reissleine. Die Firma, die am Genfer Flughafen mehrere Food-Stände betreibt, zeige sich völlig uneinsichtig. Sie habe mehrfach gegen den L-GAV der Gastronomie und das Arbeitsgesetz verstossen, habe dem Personal im grossen Stil Kurzarbeitsentschädigungen vorenthalten und erfasse die Arbeitszeit nicht korrekt. Zudem herrsche chronischer Personalmangel. Oft bleibe nicht einmal Zeit für den Gang aufs WC, Mitarbeitende müssten ihre Notdurft immer wieder in Becher verrichten. Die Firma nimmt zu den Vorwürfen keine Stellung, beteuert aber, weiterhin verhandeln zu wollen. Chef Vincent Canonica ist Kantonsparlamentarier für «Libertés et Justice sociale», die neue Partei von Ex-FDP-Mann und Wieder-Regierungsrat Pierre Maudet.

Schweden macht Tesla Dampf

STOCKHOLM. Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, ist bekanntlich ein radikaler Gewerkschaftsfeind. Verhandlungen mit Arbeitnehmerorganisationen lehnt er kategorisch ab – und zwar bei X (einst Twitter)



GEWERKSCHAFTSFEIND: Tesla-Chef Elon Musk. FOTO: KEYSTONE

wie auch bei seinem Elektromotorkonzern Tesla. Doch nun sind bei Tesla Schweden rund 130 Service-Mechanikerinnen und -Mechaniker in einen Streik getreten. Ihre Löhne und Renten liegen laut der Gewerkschaft IF Metall weit unter dem Branchenüblichen. Die Streikenden fordern einen Gesamtarbeitsvertrag. Tesla lehnt ab. Die IF will den Streik daher auf Teslas Subunternehmen ausweiten. Solidarische Hafenarbeiter haben zudem angekündigt, kein Schiff mehr zu entladen, das Teslas an Bord hat. E-Autos haben in Schweden bereits einen Marktanteil von über 50 Prozent.

Streikerfolg bei US-Autoriesen

DETROIT. Einen Monat, zwei Wochen und drei Tage – so lange streikten die Belegschaften von Ford, General Motors und Stellantis (Chrysler, Jeep etc.) in Detroit. Am ersten US-Streik gegen gleichzeitig drei Autoriesen beteiligten sich rund 50 000 Mitglieder der United Auto Workers. Ende Oktober gelang ihnen der Durchbruch: Die Konzerne stimmten historischen Lohnerhöhungen von 25 bis 33 Prozent zu. Auch wird das sogenannte Two-Tier-System abgeschafft, das Neueingestellte massiv benachteiligt. Während des Streiks verbrachte allein Stellantis einen 3-Milliarden-Dollar-Verlust.

Trotz Weltspitze: Islands Frauen sind immer noch hässig

100 000 Frauen gingen in der isländischen Hauptstadt Reykjavík auf die Strasse. Sie fordern endlich Lohngleichheit und Schluss mit sexualisierter Gewalt gegen Frauen.

IWAN SCHAUWECKER

Ein Viertel der Bevölkerung Islands ging am 24. Oktober auf die Strasse. Es war der grösste Streik in der isländischen Geschichte und ein Zeichen, dass die Frauenbewegung über Generationen hinweg für Gleichberechtigung kämpft. Der erste Frauenstreik in Island fand genau 48 Jahre zuvor statt: Am 24. Oktober 1975 legten die Einwohnerinnen den Inselstaat ein erstes Mal lahm. Damals verdienten Isländerinnen im Schnitt weniger



LAUT: Die Frauen in Island haben gezeigt, wie ernst es ihnen ist. FOTO: AP

als 60 Prozent der Männerlöhne, und die Hausarbeit und Kindererziehung lastete fast ausschliesslich auf den Schultern der Frauen.

PIONIERIN ISLAND

Dieser erste Streik war ein Schlüsselmoment und löste in Island eine Welle von gesellschaftlichen Veränderungen aus. Island wählte 1979 als weltweit erstes Land eine Frau zur Präsidentin. Im Jahr 2010 wurde eine Frauenquote von 40 Prozent für Verwaltungsräte von grossen Unternehmen eingeführt, und Firmen, die Frauen schlechter als Männer in vergleichbaren Positionen bezahlen, werden seit 2017 mit einer Busse bestraft. Auch bei der Elternzeit haben die Isländerinnen viel erreicht: Seit 2021 beträgt sie für beide Elternteile je sechs Monate.

NICHT 300 JAHRE WARTEN

Doch die Isländerinnen haben weiterhin genügend Gründe für ihren Protest: so etwa die ungleich verteilte Care-Arbeit, geschlechtsspezifische Gewalt und sexuelle Belästigung. Auch die isländische Ministerpräsidentin Katrín Jakobsdóttir schloss sich dem Frauenstreik in Reykjavík

Island will bis 2030 die vollständige Gleichberechtigung erreichen.

an. Sie erklärte, dass sie bis 2030 die vollständige Gleichstellung der Geschlechter in Island erreichen und damit ein Vorbild für die Welt sein wolle. Jakobsdóttir zitierte Schätzungen der Vereinten Nationen, wonach es beim derzeitigen Tempo des Fortschritts 300 Jahre dauern wird, um weltweite Gleichstellung zu erreichen, und fügte hinzu: «Wir wollen nicht hinnehmen, dass Frauen weltweit 300 Jahre auf die vollständige Gleichstellung warten müssen.»

Als ob es weder einen Bauboom noch den Fachkräftemangel gäbe Jetzt wollen die Baumeister die Reallöhne senken!

Null Franken generelle Lohnerhöhung und nicht einmal den Teuerungsausgleich: So lautet die Ansage des Baumeister-Verbands an die Búezer. Ganz andere Standards gelten bei Deals mit Bauherren.

JONAS KOMPOSCH

Chris Kelley ist noch immer stinksauer. Der Unia-Co-Leiter des Bausektors musste am 25. Oktober mitansehen, wie die Spitzen des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) einseitig die diesjährigen Lohnverhandlungen abgebrochen und den Verhandlungstisch verlassen haben. Und dies nach nur gerade drei Verhandlungsrunden. Nicht einmal ein Angebot hätten die SBV-Kader den Gewerk-

Die Inflation hat den Zuschuss vom letzten Jahr weggefressen.

schaften unterbreitet. «Das ist unverständlich, verantwortungslos und brandgefährlich!» sagt Kelley und verweist auf die Teuerung. Tatsächlich steigen Preise, Mieten, aber auch Krankenkassenprämien stark und ungebremst. Eine Lohn-Nullrunde bedeutet für die Bauarbeiter daher nichts anderes als eine Reallohnsenkung. Schon wieder!

LUSCHE DOPPELSTANDARDS

So haben die Bauleute mit ihrer letztjährigen Protestwelle zwar eine stolze generelle Lohnerhöhung von 150 Franken erkämpft. Doch die Inflation hat auch diesen Zuschuss bei den meisten Lohnkategorien glatt weggefressen. Die SBV-Spitze scheint das wenig zu kümmern. Sie empfiehlt den Firmen lediglich, die Löhne «individuell» anzuheben. Doch mit Empfehlungen lassen sich bekanntlich keine Rechnungen bezahlen. Das weiss auch der SBV, dessen Mitgliedsfirmen die Preissteigerungen schliesslich ebenfalls spüren. Ihnen rät der SBV deshalb im Umgang mit Bauherren «dringend»: «Grundsätzlich sollten keine Werkverträge ohne Teuerungsvergütung abgeschlossen werden.» Heisst: Selbst beansprucht man ebenjenes Teuerungsausgleich, den man den Arbeitenden verweigert. Es sind solche Doppelstandards, die Kelley zur Weissglut treiben. Er sagt: «Es ist nichts als korrekt,



SIE KÖNNEN STRASSE: 15 000 Bauleute demonstrierten 2022 in Zürich für mehr Lohn. Nur ein Jahr später werden die Búezer von den Spitzen der Baumeister wieder hingelassen. FOTO: LUCAS DUBUIS

wenn die Firmen von den Auftraggebern die Teuerungsdifferenz einfordern. Aber gleichzeitig den Belegschaften Kaufkraftverluste zuzumuten? Das ist nur noch respektlos!»

SBV AUF EGO-TRIP

Und noch etwas ruft Kelley in Erinnerung: «Immer weniger Bauarbeiter leisten immer mehr, und der Termindruck nimmt zu. Gleichzeitig gab es in den letzten zehn Jahren nur dreimal eine Lohnerhöhung für alle.» Dabei seien generelle Lohnerhöhungen wirtschaftlich nicht nur nötig, sondern auch möglich. Das stellten aktuell etliche Branchen unter Beweis. Kelley: «Wirft man beispielsweise einen Blick auf die Verhandlungen im Ausbaugewerbe, zeigt sich: In praktisch allen Berufszweigen ist eine generelle Lohnerhöhung vorgesehen – zum Teil deutlich über der Teuerung.» Bezeichnend ist die Haltung der SBV-Spitze auch angesichts der Baukonjunktur.

SPITZENWERTE IM HOCHBAU

So schreibt das Fachmagazin «Baublatt» zum dritten Jahresquartal: «Die geplante Hochbausumme kann sowohl im Vergleich zum Vor-

jahresquartal als auch zum Vorquartal hohe Zuwächse ausweisen.» In der Zehnjahresbetrachtung sei die geplante Summe des Hochbaus sogar auf einen «neuen Spitzenwert» gestiegen. Der Wohnbau gewinne weiter an Dynamik. Ausserordentlich zulegen könne besonders das Segment Mehrfamilienhäuser. Und: «Trotz schwächelnder Konjunktur investieren Industrie- und Gewerbebetriebe in den Ausbau des Gebäudeparks. Hohe Investitionen sind auch in die Gebäudeinfrastruktur des Bildungswesens vorgesehen.» Solide Aussichten also. Und schon die jüngere Vergangenheit erwies sich als lukrativ. So stellte die Konjunkturforschungsstelle der ETH Mitte August steigende Nominalinvestitionen fest. Aber nicht nur: «Erstmals seit dem ersten Quartal 2022 stiegen Anfang 2023 die Bauinvestitionen auch real wieder, also abgesehen von der Zunahme, die durch die Baupreissteuerung bedingt ist.» Die Grundlage für eine faire Lohnentwicklung wäre also da. Und wer weiss, vielleicht bringt die SBV-Basis ihre Verbandsspitze ja noch zur Vernunft. An der Delegiertenversammlung vom 9. und 10. November böte sich hierfür Gelegenheit.

Abbau, Abbau und nochmals Abbau bei «Tages-Anzeiger», «20 Minuten» & Co. TX-Medienmonster frisst seine Zeitungen

Der grösste Schweizer Medienkonzern TX Group entlässt 80 Medienschaffende. Bei einer Protestaktion forderten 200 Mitarbeitende und solidarische Journalistinnen und Journalisten ein Ende der Abbauspirale.

IWAN SCHAUWECKER

Die TX Group ist der grösste private Schweizer Medienkonzern mit über 3000 Mitarbeitenden. Die bekanntesten Medientitel sind «Tages-Anzeiger», «20 Minuten», «Der Bund» und in der Romandie «24 heures» und «Le Matin Dimanche». Das grosse Geld aber macht die TX Group mit ihren Online-Portalen: Homegate, Ricardo, Tutti und vielen weiteren. Auch in der Werbebranche ist der Konzern mit der Zürcher Werbefirma Goldbach und dem Anfang 2023 gekauften Schweizer Ableger des US-Werbebetreibers Clear Channel mit Plakaten und digitalen Screens im öffentlichen Raum omnipräsent. Für die Aktionsfamilie Coninx ist die TX Group eine Geldmaschine. Sie konnte sich in den letzten 25 Jahren jährliche Dividendenzahlun-



HABEN DIE NASE VOLL: Journalistinnen und Journalisten der TX Group demonstrieren gegen den Sparwahn der Konzernleitung. FOTO: KEYSTONE

gen von fast 40 Millionen Franken sichern. Auch der Verleger und TX-Verwaltungsratspräsident Pietro Supino wurde letztes Jahr mit 1,7 Millionen Franken «entschädigt». Ex-SP-Ständerätin Pascale Bruderer kassierte immerhin 120 000 Franken für ihr Verwaltungsratsmandat.

PROTESTAKTION

Doch die Journalistinnen und Journalisten profitieren nicht von der Expansion. Ganz im Gegenteil: Der Konzern kündigte 80 Entlassungen an. Besonders

hart trifft es die Belegschaft in der Romandie, wo 48 Mitarbeitende ihren Job verlieren. Bei «20 Minuten» und Le Matin.ch sind dies ein Viertel aller Mitarbeitenden. Der Journalist Philippe Reichen, Korrespondent von Tamedia in Lausanne, schilderte die miserable Stimmung auf den Redaktionen: «Viele sind erschöpft, desillusioniert und zynisch. Auf eine Abbaurunde folgt die nächste.» Und er fügte an die Adresse der TX-Konzernleitung an: «Die Schweiz hört nicht in Freiburg auf.»

Bereits zwischen 2009 und 2014 richtete der Medienkonzern einen regelrechten Kahlschlag an. Damals übernahm Tamedia das Westschweizer Verlagshaus Edipresse, den «Bund» und die «Berner Zeitung» sowie verschiedene Zürcher Lokalzeitungen. Mit der Zusammenlegung der Redaktionen und Umstrukturierungen verloren Hunderte Menschen ihre Jobs.

Medien: Seit fast 20 Jahren ohne GAV

2004 stieg der Schweizer Verlegerverband einseitig aus dem Presse-GAV aus. Danach haben sich die Arbeitsbedingungen in der ganzen Branche verschlechtert. Seit 2017 verhandeln die Gewerkschaften Syndicom und Impressum wieder mit den Verlegern. Der GAV soll höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und einen besseren Kündigungsschutz bringen. Doch der Verlegerverband mit dem Ehrenpräsidenten Pietro Supino weigert sich auch dieses Jahr, einen neuen GAV zu unterzeichnen. (isc)



HERBER SCHLAG: Die Ems-Chefin geizt auf Kosten der Mitarbeitenden. FOTO: SABINE WUNDERLIN/BLICK

Martullo-Blocher verpasst der Syna einen Maulkorb

Ein fieser Hammer aus Herrliberg!

Jahrzehntlang behandelten die Ems-Bosse die Syna als gefügige Sozialpartnerin. Doch jetzt hat die Gewerkschaft Schluss gemacht. Der Blocher-Konzern tobt – und rächt sich mit irren Methoden.

JONAS KOMPOSCH

Was für eine Überraschung! Ende September teilte die Gewerkschaft Syna mit, sie habe den Kollektivarbeitsvertrag (KAV) mit der Ems-Chemie gekündigt. Und zwar bereits auf Ende Jahr. Der Grund: «Leider ist es uns seit fünf Jahren nicht gelungen, die zwingende Modernisierung des KAV zu vollziehen.» So könne sie «die Sozialpartnerschaft nicht länger aufrechterhalten». Das lässt aufhorchen. Schliesslich war die Syna jahrzehntlang die privilegierte Gewerkschaft im Blocher-Imperium (siehe Box). Im Unterschied zur Unia hielt sie mit Kritik stets zurück. Auch gepfefferte Forderungen stellte sie selten. Dabei gäbe es allen Grund dazu: Bis heute zahlen sich die drei Blocher-Schwestern Jahr für Jahr saftige Millionen-Dividenden aus. Zuletzt waren es 332 Millionen. Zum Vergleich: Die Personalkosten für die weltweit 2693 Ems-Mitarbeitenden lagen 2022 bei 246 Millionen Franken. Damit kassieren die Erbsinnen, die 70 Prozent der Ems-Aktien halten, mehr als alle Angestellten zusammen.

GEHEIMER VERTRAG

Mit «Modernisierung des KAV» meint die Syna primär die Rückkehr zu früheren Verhältnissen. In der Ems-Chemie galt nämlich bis ins Jahr 2005 die 42-Stunden-Woche. Dann steckte die frischgebackene Chefin, Magdalena Martullo-Blocher (54), Dutzende Millionen in neue Fabrikanlagen. Die Mitarbeitenden hatten ihren Tribut zu leisten. Martullo-Blochers Durchsage: Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 43 Stunden – bei gleichem Lohn! Für die über 1000 Beschäftigten am Bündner Hauptsitz ein Affront. Zumal sie gerade einen Rekordgewinn erarbeitet hatten. Trotzdem erteilte die Syna der Arbeitszeiterhöhung ihren Segen. Dies jedoch unter der Bedingung, dass die Massnahme «temporär» sei. Der «Blick» schreibt von einer Befristung auf zwei Jahre. Was genau vereinbart wurde, wollen weder die Gewerkschaft noch der Konzern ver-



Miriam (l.) und Rahel Blocher.

FOTOS: KEYSTONE

raten. Offener zeigt sich ein langjähriger Ems-Facharbeiter und Syna-Gewerkschafter. Er gesteht work: «Es war schon damals sonnenklar, dass uns Frau Blocher die 42-Stunden-Woche nie mehr zurückgeben wird.» Deshalb protestierte die Unia 2007 vor den Werkstoren und verteilte Lächerli. Ein Seitenhieb gegen die Zweitgeborene Miriam Baumann-Blocher (48), die sich mit ihren Emser Dividenden das Basler Lächerli-Huus geschnappt hatte. Bei ihrer Lächerli-Aktion blieb die Unia jedoch allein, die Syna schwieg. Und so ist die «temporäre» Massnahme noch heute in Kraft. Aber warum macht die bewährte Sozialpartnerin jetzt plötzlich Schluss?

EMS KOMMANDIERT UND SCHWEIGT

Dazu könne er sich noch nicht äussern, sagt der zuständige Syna-Sekretär, Nico Fröhli (28). Grund sei ein Passus im Kollektivarbeitsvertrag, der bis am 31. Dezember gelte. Der KAV liegt work vor, in einer Version von 2008. Tatsächlich verbietet der Vertrag nicht nur die üblichen Kampfmassnahmen wie Streik, Sperrung oder Aussperrung, sondern auch pauschal jede «Medienpolemik». Das ist äusserst unüblich – und fällt der Syna jetzt auf die Füsse. Ihre Onlinemeldung zur KAV-Kündigung hat sie nach wenigen Tagen gelöscht. Fröhli bestätigt: «Ems hat reklamiert.» Bloss: Die umstrittene Meldung, die work vorliegt, ist eine simple Kurzmitteilung, die nüchterner kaum sein könnte. Sogar versöhnliche Töne stimmt sie an: «Wir wollen weiterhin den Weg einer erfolgreichen Sozialpartnerschaft gehen.» Was also soll daran «polemisch» sein? Ems-Generalsekretär Conrad Gericke (55) schweigt dazu. Überhaupt verweigert er work jegliche Auskunft. Aus seinem Büro in Herrliberg mailt er bloss: «Ihre Aussagen entbehren jeglicher Grundlage.» Soso. Fakt ist jedenfalls: Es ist nicht das erste Mal, dass Ems der Syna einen Maulkorb verpasst.

Schon im März musste die Gewerkschaft eine angeblich «polemische» Mitteilung von der Homepage nehmen. Damals waren die Lohnverhandlungen gescheitert. Die Syna hatte 3 Prozent mehr für alle gefordert. Doch der Konzern winkte ab. Dazu Sekretär Fröhli in der gelöschten Mitteilung: «In den vergangenen Jahren» habe die Ems «nur geringe Lohnerhöhungen» gewährt und dies jeweils mit der tiefen Inflation

«Dr Anti Blocker»: Der Beginn einer wunderbaren Feindschaft

Es sei ein «vorläufiger Sieg Blochers», kommentierte die Sendung «10vor10» im Herbst 1992 – völlig zu Recht (nachschaun unter rebrand.ly/10vor10). Denn dem SVP-Unternehmer war gerade die Spaltung der Ems-Gewerkschaften gelungen. Konkret stellten sich die beiden christlichen Verbände CMV und CHB, der freisinnige LFSA (heute alle Syna) sowie der brave Smuv (heute Unia) zusammen mit Blocher gegen die aufmüpfige GTCP (heute ebenfalls Unia). Diese hatte zuvor alleine die Tieflohne in der Ems kritisiert.



KNIEFALL. Nun wurde die GTCP, die etwa 30 Prozent der Belegschaft vertrat, von den Verhandlungen ausgeschlossen. Vasco Pedrina, der seine neue GBI gerade mit der GTCP fusionierte, zeigte sich «sehr enttäuscht» von den anderen Gewerkschaften: «Bei der ersten Drohung von Blocher, den KAV nicht mehr zu erneuern, haben sie subito die zwischengewerkschaftliche Solidarität fallengelassen und sich seinem Diktat unterstellt. Und wer einmal einen Kniefall vor einem knallharten Patron macht, der macht rasch auch weitere Kniefälle.» Das schrieb Pedrina im legendären «Anti Blocker», einer 16seitigen Sondernummer der GBI «über den Lohndrücker in Ems». Die Zeitung ist ein Paradebeispiel für agitativen, aber aufklärerischen Boulevard (exklusiv auf workzeitung.ch). (jok)

begründet. Im Februar 2023 sei die Teuerung mit 3,4 Prozent aber auf einem Höchststand gewesen, weshalb «auch nach Ems-Argumenten eine deutliche Lohnerhöhung notwendig» gewesen wäre. Doch die Firmenvertreter hätten die Verhandlungen einfach beendet. Man melde sich wieder, habe es geheissen. Damit war wohl nichts: «Nach wochenlangem Funkstille wurde, entgegen den geltenden KAV-Bestimmungen, im April allein mit dem Betriebsverband eine zweite Verhandlungsrunde gehalten. Syna wurde bei diesen Verhandlungen ignoriert.» Die Ems habe dem Betriebsverband «ein besseres Angebot» gemacht als noch in den gemeinsamen Verhandlungen. Was letztlich bei diesen

Die Schwestern kassieren mehr als alle Angestellten zusammen.

«Verhandlungen» herausgekommen ist? Auch das hält die Firma strikt geheim. Bekannt sind allerdings die Mindestlöhne von 2008.

EMS WOLLTE SYNA-MANN AUSWECHSELN

Der damalige KAV operiert mit 15 verschiedenen «Arbeitsplatzwertstufen». Die tiefste Stufe garantiert ein Jahresgehalt von 29 770 Franken (exklusive eines 13.). Das entspricht einem Monatslohn von 2480 Franken! Selbst der höchste Mindestlohn liegt bei bloss 4380 Franken. Besonders mies ist der Vertrag für Schichtarbeitende: Fällt ihr Einsatz auf einen Feiertag, gibt es dafür nicht einen Rappen Lohnzuschlag. Ob dieses Regime noch heute gilt, ist unbekannt. Doch die Syna schrieb: «Die Unzufriedenheit unserer Mitglieder mit den veralteten Anstellungsbedingungen [...] drückt auf die Stimmung.» An einem Wandel scheint Martullo-Blocher aber nicht interessiert. Ihr Stab liess Ende September im Betrieb Zettel aufhängen: Darin ist von «personellen Turbulenzen» bei der Syna die Rede. Zudem wird gegen Gewerkschaftsmann Fröhli ausgeteilt: Mit ihm habe man «keine konstruktive Zusammenarbeit» finden können. Ems gibt sogar offen zu, von der Gewerkschaftsführung verlangt zu haben, «eine andere Person zu benennen». Doch die Zeiten der Unterwürfigkeit scheinen vorbei: Fröhli blieb!

FAULER TRICK MIT «PARALLELVERTRAG»

Was aber heisst all das für die Ems-Belegschaft? Herrscht ab Januar ein vertragsloser Zustand? Wären folglich sogar Streiks erlaubt? Nein. Zumindest nicht in der Lesart der gewieften Konzernleitung, die genau für diesen Fall vorgesorgt hat: Seit Jahren besteht sie auf einer Separat-Unterzeichnung des KAV. Ein Vertragsexemplar muss also die Syna unterschreiben und ein anderes der hauseigene Betriebsverband. Somit gibt es zwei identische «Parallelverträge». Der Kniff: Kündigt, wie jetzt, nur ein Verband, läuft der Vertrag mit dem anderen Verband einfach weiter. Gerade beim Streikverbot ist das entscheidend. Denn dieses gilt laut KAV für «jeden einzelnen Mitarbeiter» und nicht nur für Mitglieder der vertragszeichnenden Verbände. Rechtlich ist das ein äusserst wackliges Konstrukt. Doch noch hat niemand daran gerüttelt.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die Angst

Die Gewerkschaft hat mich dieses Jahr gelehrt, dass wir niemals allein sind. Und ich bin mir sicher, dass ich auch diesmal mit meinem Problem nicht alleine bin. Mein Problem hat einen Namen: Redeangst. Ja, die laute Laura wird kleinlaut, wenn es darum geht, vor Publikum



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

zu reden. Die Konfrontationen mit den Vorgesetzten – kein Problem. Einstehen für unsere Rechte – kein Problem. Stürmen wir die Hauptsitze – ich bin dabei. Stehlen wir gemeinsam Pferde – ich bin verdammt noch mal dabei!

SCHLUSS DAMIT! Wird aber von mir erwartet, dass ich über Pferde vor vielen gespitzten Ohren rede, dann klappe ich zusammen. Der Herzschlag wird ohrenbetäubend laut, die Hände klatschnass. Von der Übelkeit und dem Zittern mag ich gar nicht schreiben. Furchtbar, wenn ich mich nicht mehr unter Kontrolle habe. Obwohl ich für das Thema brenne und ganz viel zu sagen hätte. Ich habe es bisher verschwiegen, weil es mir äusserst unangenehm war. Ausserdem wurde ich öfters missverstanden und als desinteressiert hingestellt. Damit ist jetzt Schluss! Was mich die Gewerkschaft auch gelehrt hat, ist, die Probleme anzupacken und darüber zu reden.

Ja, dann wird die laute Laura kleinlaut.

HER DAMIT! Ich habe mich mit einem Haufen Bücher über die Redeangst eingedeckt. Und wie bei allem im Leben heisst es für mich üben, üben und üben. Ich mache brav meine Atemübungen und piepse mich langsam durch die Veranstaltungen. Mit dem Ziel, dass ich irgendwann ganz laut und vor Hunderten Leuten über die gestohlenen Pferde reden kann. Aber Hilfe finde ich bereits jetzt, in einer wunderbaren Unia-Fachgruppe. Ja, von diesen Kolleginnen und Kollegen kann ich am meisten lernen. Sie standen in der letzten wichtigen nationalen Sitzung vor versammelter Mannschaft. Sie sprachen über unsere Arbeit, die Missstände und über die erbrachten Erfolge. Sehr mitreissend und kämpferisch! Wieder zeigt es sich: In der Gruppe sind wir stark. Und: Die Gruppe macht jeden Einzelnen stärker. Mit euch an meiner Seite werde ich ganz bald über die verdammten Pferde sprechen können. Hier mein Dankeschön an meine Fachgruppe für ihren Einsatz und ihre Inspiration!

Nationalratswahlen: SVP holt Verluste auf, Grüne geben Gewinne ab Was ändert das Rechtsrutschli?

Die Schweiz hat gewählt. Es hätte besser kommen können. Aber auch viel schlechter. Auf die Gewerkschaften kommen vier weitere anstrengende politische Jahre zu.

CLEMENS STUDER

Die Anteile der Wählerinnen und Wähler sind bekannt, die genaue Grösse der Fraktionen in der Bundesversammlung noch nicht, weil beim Ständerat noch zweite Wahlgänge ausstehen. Im Nationalrat ist es so: Die SVP gewinnt 9 der 12 Sitze zurück, die sie 2019 verloren hat. Die Grünen verlieren 5 der 17 Sitze, die sie vor vier Jahren gewonnen haben. Die FDP verliert einen zusätzlichen Sitz zu den 4, die sie bereits 2019 verloren hat. Die Mitte kommt auf einen Sitz mehr als CVP und BDP vor vier Jahren, als sie zusammen 7 Sitze verloren. Die SP gewinnt mit 2 Sitzen die Hälfte der Verluste von 2019 zurück. Und die GLP verliert 5 der 9 Sitze wieder, die sie vor vier Jahren zusätzlich holte. Kurz: ein Rechtsrutschli.

WEIT ENTFERNT VON 2015

Denn auch wenn der rechte Block im Vergleich zu den Wahlen von 2019 leicht gestärkt ist, ist er doch weit von der hart-rechten absoluten Mehrheit von SVP und FDP der vier Jahre nach den Wahlen 2015 ent-

Auch das neue Parlament wird den Schutz der Arbeitnehmenden und Mietenden aufweichen.

fernt. Und aus gewerkschaftlicher Sicht gibt es neben der schmerzhaften Nichtwiederwahl der Berner Gewerkschaftsfrau Natalie Imboden (Grüne) auch Gründe zur Freude. So zum Beispiel die Wahl von Martine Docurt, Leiterin der Unia-Politikabteilung, im Kanton Neu-



WIE WEITER UNTER DER BUNDESHAUSKUPPEL? Den Gewerkschaften bleibt nichts anders übrig, als mit Referenden zu kämpfen. FOTO: PARLAMENTSDIENSTE / ROB LEWIS

enburg in den Nationalrat. Oder die wuchtige Wahl von SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard in den Ständerat.

Doch klar ist ebenso: auch das neue Parlament wird die Renten senken wollen und die Witwenrenten streichen. Es wird den Arbeitnehmerschutz aufweichen und den Mieterinnenschutz zusammenstreichen. Und die neu zusammengesetzte rechte Mehrheit wird weiterhin versuchen, den oberen Zehntausend Steuergeschenke zu machen und die Prämienverbilligungen niedrig zu halten.

UNBERECHENBARE MITTE

Was das Wahlresultat sozialpolitisch heisst, wird sich weisen. Möglicherweise sind mit Teilen der leicht erstarkten Mitte eher Fortschritte auszuhandeln als mit den jetzt geschwächten marktradikalen der GLP. Wobei das Spektrum inner-

halb der Mittefraktion breit ist. Einige haben die christliche Soziallehre nicht vergessen, andere aber – wie die neugewählte Nicole Barandun – gehören zur Speerspitze der Zürcher Hungerlohn-Koalition.

URNE BLEIBT ZENTRAL

Wie in den vergangenen Jahren wird den Gewerkschaften nichts anderes übrigbleiben, als zusammen mit den fortschrittlichen Parteien die schlimmsten Auswüchse des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben mit Referenden zu bekämpfen. Und auch, reale Verbesserungen bei den drängendsten Problemen der Mehrheit in diesem Land anzustossen. Bereits im nächsten Frühling steht die Initiative für eine 13. AHV-Rente auf der Agenda, die Prämienverbilligungs-Initiative, die BVG-Abbauvorlage und der Angriff auf die Rechte der Mieterinnen und Mieter.

Prämien-Initiative: Bundesrat trickst

Die explodierenden Krankenkassenprämien lassen die Mehrheit in diesem Land leiden. Die Prämieninitiative der Gewerkschaften und der SP will die Last lindern. Und sie ist abstimmungsreif. Mit guten Chancen. Das sieht offenbar auch die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesrat so – und griff tief in die Trickkiste. Statt die Initiative im März zur Abstimmung zu bringen – wovon sogar die Bundeskanzlei ausging und das Abstimmungsbüchlein schon fast fertig hatte –, wurde sie auf den Sommertermin geschoben. Doch trotz dem bundesrätlichen Trick bringt der Abstimmungssonntag im März eine zentrale sozialpolitische Weichenstellung.

KEIN REICHENVORTEIL: Es geht um nichts weniger als darum, ob die AHV-Renten endlich steigen (wie die Gewerkschaften wollen) oder ob nur noch Reiche nicht chrapfen müssen bis ins Grab (was die Jungfreisinnigen wollen). (cs)

So hat der 4-A-Präsident Thierry Burkart die Liberalen zerlegt Sieger sitzen nicht im Seitenwagen

Während sich die Medien an SVP-Gewinnen und Grünen-Verlusten herauschen, geht die FDP fast unbeachtet den Bach ab.

CLEMENS STUDER

Uiuiui, war das eine Stimmung am 2. Oktober vor zwei Jahren, als der Aargauer Thierry Burkart als FDP-Präsident gewählt wurde. Im Bieler Kongresshaus kündigte er an, was er anders machen wolle als seine vom umweltfeindlichen Flügel der Partei aus dem Amt gedrängte Vorgängerin Petra Gössi: unter anderem ganz unbescheiden die SP als zweitstärkste Partei ablö-

Burkart fährt die FDP im SVP-Seitenwagen an die Wand.

sen. Die Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen waren begeistert, work würdigte ihn auch: «Seit dem 2. Oktober 2021 hat die FDP einen 4-A-Präsidenten. Thierry Burkart steht für Aargau, Ausspuff, AKW und Ab-

zocker.» Den ganzen Text gibt es hier: rebrand.ly/strahlemann.

SEITENWAGEN

Burkart ging munter ans Werk: Ran an die SVP. Listenverbindungen, wo immer möglich, und im Parlament passt seit längerem schon kaum ein Blatt zwischen die rechtsnationalistische und die rechtsbürgerliche Partei. Steuergeschenke für die Reichsten, Rentenkürzungen für die Frauen, Klimaschutz eher nicht, AKW jederzeit. Und so weiter und so fort. So fort, wie jetzt die Wählerinnen und Wähler sind.

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr des modernen Bundesstaates, den wackere Freisinnige einst errevolvuzerten, fährt Burkart die FDP im SVP-Seitenwagen an die Wand. Mehr noch: sie lässt sich demütigen.

VORGEFÜHRT

Das ganze Ausmass der Demütigung zeigt sich dabei nicht daran, dass die FDP schon dar-

über jubelt, dass ihr wenigstens die Schmach erspart blieb, vom historischen Sonderbundsrieg-Gegner CVP (heute: Mitte) über-

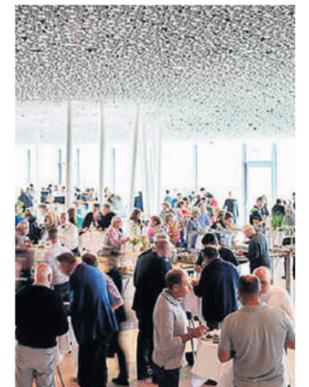
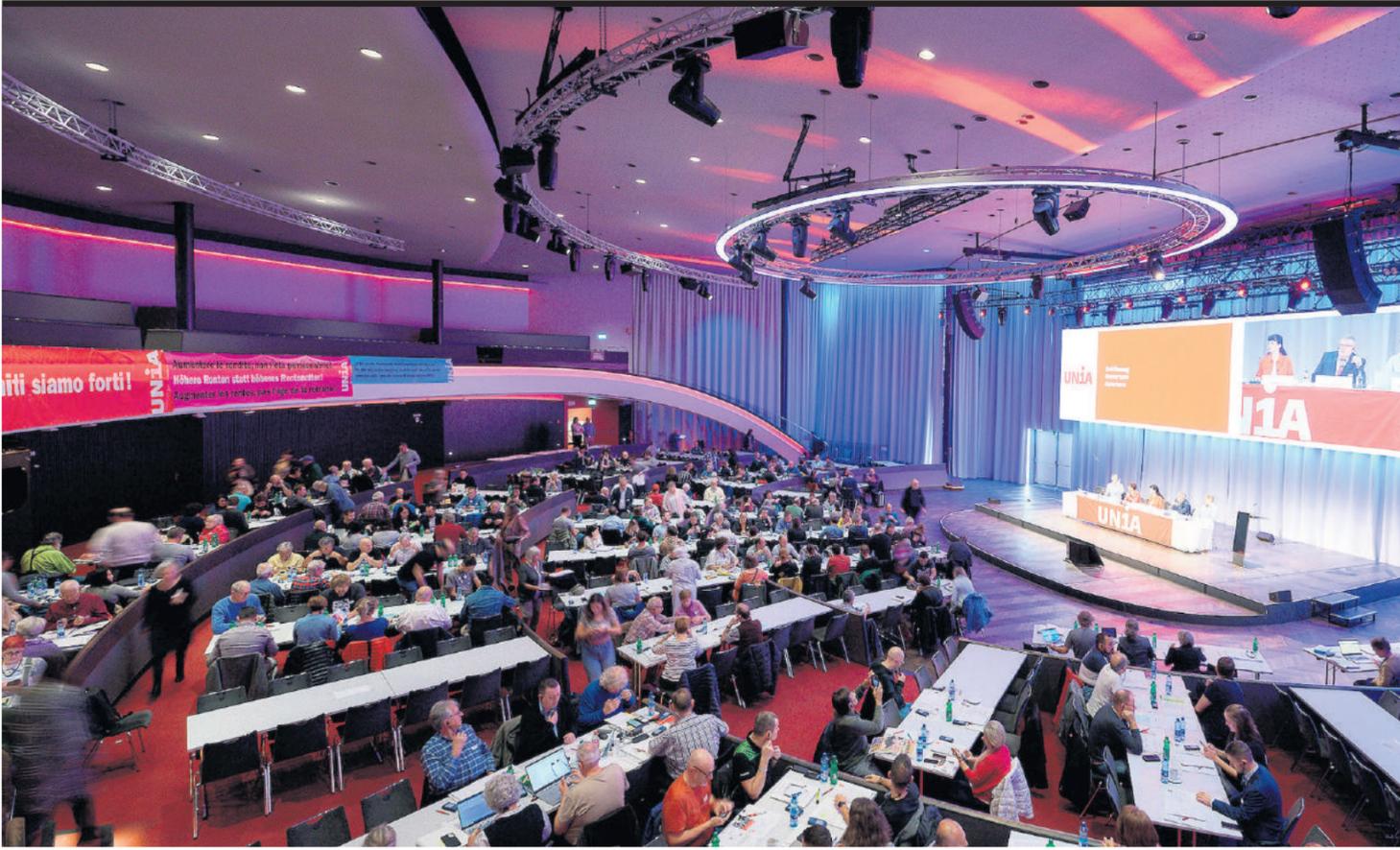


Thierry Burkart. FOTO: KEYSTONE

holt zu werden, nachdem die Bundesstatistiker wegen technischer Probleme mit drei Kleinkantonen den Wähleranteil im Promille-Bereich korrigieren mussten – und nach der Korrektur die FDP doch noch um 0,2 Prozent vorne liegt. Die ganze Demütigung zeigt sich daran, wie sehr sich die FDP von der SVP vorführen lassen muss.

ZUM BEISPIEL ZÜRICH: Nach 40 Jahren verliert der einst so stolze Zürcher Freisinn bei diesen Wahlen mit SVP-Listenverbindung ihren Ständeratssitz. Und dann erst noch durch Aufgabe. FDP-Frau Regine Sauter muss SVP-Mann Gregor Rutz im zweiten Wahlgang den Vortritt lassen.

ZUM BEISPIEL SOLOTHURN: Die Solothurner FDP verstand sich lange als «Volksfreisinn» und blieb auf Distanz zur SVP. Eine Listenverbindung gab es auch heuer keine. Im Ständerat vertrat von 1848 bis 2011 immer mindestens ein FDPler den Kanton. Die Partei gab sich Mühe, den Sitz zurückzugewinnen. Jetzt gibt sie kampflös auf. Zu erfolglos war ihr Kandidat. Den einzig verbliebenen Nationalratssitz konnte die FDP halten. Auf Kurt Fluri, Sohn einer früh verwitweten Weisswäscherin und sozialer Aufsteiger, folgt Simon Michel. Ein Milliarden-Erbe aus dem Kanton Bern, der sagt: «Die FDP ist viel näher bei der SVP, als viele meinen.» Ein ehrlicher Mann!



GELEBTE BASISDEMOKRATIE: Am ausserordentlichen Kongress wurden die Unia-Statuten der Zukunft besiegelt.

Unia 2.0: Mit neuer Struktur in die Zukunft

Das Update ist installiert

Die Unia wurde vor fast 20 Jahren gegründet. 30 Online-Meetings, 1200 Änderungsideen und einen ausserordentlichen Kongress später hat sie jetzt neue Statuten.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MANU FRIEDERICH

Kann man eine Organisation mit 180000 Mitgliedern umbauen? Die Unia kann. Und das erst noch in flottem Tempo. Und basisdemokratisch. Am 21. Oktober hat der ausserordentliche Kongress getagt, und bereits am Mittag waren die neuen Statuten besiegelt. Ganz so einfach war es natürlich nicht. Dem effizienten Kongress war ein gigantischer Prozess vorausgegangen (work berichtete: rebrand.ly/zukunft-unia), mit über 30 Online-Meetings, an denen sich Hunderte von Mitgliedern und Mitarbeitenden beteiligten, die rund 1200 Ideen einbrachten. Und der bereits 2021 mit dem Auftrag des ordentlichen Kongresses begann: Die Unia soll sich weiter in Richtung einer interprofessionellen Gewerkschaft

für alle entwickeln. Sie soll den Ressourceneinsatz verbessern. Und sie soll wachsen, bekannter werden und ihre Verankerung an den Arbeitsplätzen stärken.

MEHR MITBESTIMMUNG

Im Anschluss an die Online-Meetings haben die Unia-Gremien die Ideenflut gebändigt und auf vier Reformpakete reduziert, über die die rund 300 Kongress-Delegierten schliesslich abstimmen. Das Resultat: Es soll eine klarere Trennung von Strategie und Umsetzung geben. Die Mitglieder bestimmen verstärkt die Strategie; die professionellen Gremien erhalten mehr Entscheidungskompetenzen für das operative Geschäft. Hier die wichtigsten Neuerungen etwas detaillierter:

- Der Zentralvorstand soll sich stärker auf strategische Fragen konzentrieren, das heisst Kampagnen beschliessen und strategische Ziele festlegen können. Und er soll sich mehrheitlich aus Basismitgliedern zusammensetzen.
- Die Aufteilung in Sektoren soll flexibler gestaltet werden können. Die Delegiertenversammlung kann – auf Antrag der Sektoren – neu darüber

bestimmen, wie viele Sektoren die Unia hat und wie die Branchen eingeteilt sind.

- Auch bei den Regionen soll die Basis mehr Strategiekompetenzen erhalten. Die Regio-Delegiertenversammlungen und Regio-Vorstände sollen überall strategische Entscheide zu regionalen Kampagnen fällen können. Die Regio-Leitungen verantworten die operative Umsetzung.

- Bei der Urabstimmung hat sich der Kongress dafür ausgesprochen, dass wie bisher eine Abstimmung unter allen Mitgliedern nur dann zustande kommt, wenn zwei Drittel des Kongresses oder der Delegiertenversammlung dies verlangen (Status quo).

In der Schlussabstimmung wurde die Revision mit 195 zu 32 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

MEHR LOHN, MEHR ZEIT, SUBITO!

Doch die Unia wäre nicht die Unia, wenn sie sich nur mit sich selbst beschäftigen würde. In ihrer Eröffnungsrede sagte Präsidentin Vania Alleva, dass seit den terroristischen Angriffen der Hamas und den folgenden Bombardierungen und Vertreibungen das Leid

der wehrlosen Opfer und ihrer Familien sowohl in Israel wie in Palästina nochmals massiv zunehme. «An der Gewaltspirale zu drehen ist nie die richtige Antwort. Das ist meine tiefste Überzeugung», sagte Alleva. Weiter bezeichnete sie es als dringlichste Auf-

2024 ist für die Zukunft der Altersvorsorge ein wegweisendes Jahr.

gabe der Gewerkschaften, gerade auch in einer aus den Fugen geratenen Welt einen konkreten Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit zu leisten: «Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um das Leben der Arbeitnehmenden und der Menschen überhaupt zu verbessern. Das ist unsere Verantwortung.»

Die drei Resolutionen, die der Kongress am Nachmittag verabschiedet hat, widerspiegeln die zentrale Bedeutung von Armutsbekämpfung und sozialer Sicherheit. Die Resolution «Renten erhöhen, Sozialabbau verhindern» will die Stärkung der AHV vorantreiben und entschieden gegen die geplante Aushöhlung der Pensionskasse und ge-

gen die Erhöhung des Rentenalters vorgehen, denn 2024 ist für die Zukunft der Altersvorsorge ein wegweisendes Jahr. Gleich drei Vorlagen kommen an die Urne: am 3. März 2024 die AHV×13-Initiative der Gewerkschaften und die auf Sozialabbau getrimmte Renteninitiative zur Erhöhung des Rentenalters der Jungfreisinnigen. Und im Juni 2024 voraussichtlich die BVG-21-Revision der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, die in die komplett falsche Richtung geht und bedeutet, dass viele mehr bezahlen für weniger Rente.

Die zweite Resolution, «Kaufkraft stärken statt Profite maximieren», fordert generelle Lohnerhöhungen, Mindestlöhne von 4500 Franken bzw. 5000 Franken mit Berufsabschluss, Lohn-gleichheit, mehr Prämienverbilligungen sowie einen 13. Monatslohn und eine 13. AHV-Rente für alle.

Die dritte und letzte Resolution, «Höchste Zeit für mehr Zeit zum Leben!», fordert eine Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Denn – so wurde auch in der Debatte immer wieder betont – eine gerechte Neuverteilung der Arbeit sei längst überfällig und machbar.

Europäische Bürgerinitiativen Besteuert die Reichen!

Seit 2012 können EU-Bürgerinnen und -Bürger direkt demokratische Initiativen unterschreiben. Und damit die EU-Kommission auffordern, ihre Politik zu ändern. Eine «Europäische Bürgerinitiative» (EBI) kommt zustande, wenn die Initianten eine Million Unterschriften zusammenbringen. Zwar muss die Kommission danach keine EU-weite Volksabstimmung organisieren, dennoch muss sie die EBI ernst nehmen und entsprechende Massnahmen prüfen. Welche konkreten Erfah-



Erne Europa
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

rungen haben europäische Gewerkschaften bislang mit EBI gemacht?

RECHT AUF WASSER! Mit dieser Initiative verlangte der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EPSU), dass Wasser ein öffentliches Gut bleibt und keine Handelsware wird. Die EBI «Right 2 Water: Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!» war nicht nur die erste insgesamt, sie war auch die erfolgreichste. Sie wurde von über 1,8 Millionen EU-Bürgern unterschrieben. Dieser Erfolg

Die Initiative «Right 2 Water» war die bisher erfolgreichste.

gab die EU-Kommission nach, obwohl sie zuvor geplant hatte, die Wasserversorgung in der EU mittels einer neuen EU-Richtlinie zu kommerzialisieren.

FAIRER TRANSPORT! Mit dieser Initiative verlangte die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF), der auch die Unia, der Vpod und der SEV angehören, «faire Arbeitsbedingungen» im Transportgewerbe – auf der Schiene wie auch auf der Strasse. Die ETF brachte jedoch nur rund 200.000 Unterschriften zusammen. Im Gegensatz zu EPSU verfügte die ETF nicht über ein breites Netz von Allianzen zu sozialen Bewegungen. Zudem lancierte die ETF ihre Initiative zu spät, die EU hatte das Transportgewerbe bereits weitreichend dereguliert. Auch diese Initiative richtete sich gegen die Kommerzialisierung. Dabei sprach sie jedoch von einem «fairen Wettbewerb», obwohl Wettbewerb immer Ungleichheiten schafft, wie «fair» er auch organisiert wird. Zudem fehlt es – nach jahrelanger Sparpolitik – oft schlichtweg an den Mitteln, um einen effektiven Service public zu finanzieren.

WANDEL GERECHT FINANZIEREN! Am 9. Oktober 2023 lancierte ein Bündnis um SP-Politikerinnen aus Belgien und Ungarn, Gewerkschafter aus Finnland, Oxfam-Aktivistinnen aus Dänemark, Marlene Engelhorn, eine linke Millionenerbin aus Österreich (siehe Seite 13), und den französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty eine neue EU-Initiative. Diese fordert eine europäische Vermögenssteuer. Damit soll der ökologische und soziale Wandel sozial gerecht finanziert werden. Im Gegensatz zu schweizerischen Volksinitiativen können die EU-Bürgerinitiativen auch online unterschrieben werden. Hier unterschreiben (leider nur für EU-Bürgerinnen und -Bürger): tax-the-rich.eu.

FOTO: BOUYGUES BÂTIMENT - ÎLE DE FRANCE



IM SCHEINWERFERLICHT: Auf der «Arena Adidas»-Baustelle haben Sans-papiers gestreikt und einen Blitzsieg errungen!

Paris: Streik im Stadion der Olympischen Spiele 2024

Sans-papiers legen Olympia-Baustelle lahm

Präsident Emmanuel Macron will sich mit den Olympischen Spielen ein Denkmal setzen. Dazu braucht er Heerscharen von Sans-papiers. Das nutzen diese nun zu ihren Gunsten.

OLIVER FAHRNI

Morgens um 6 Uhr traten die Unsichtbaren ins Licht der Scheinwerfer. Sie, die keine regulären Papiere besitzen, von der Polizei gejagt werden, versteckt leben müssen, aber die französische Wirtschaft und den Service public am Laufen halten und dabei übelst ausgebeutet werden. Denn offiziell gibt es sie gar nicht (obschon sie Steuern und Sozialabgaben bezahlen). Zurzeit richten sie Paris für die Olympischen Sommerspiele 2024 her.

An jenem frühen Morgen im Oktober legten sie ihre Arbeit nieder, und ein paar Hundert Papierlose besetzten die Baustelle der Olympia-«Arena Adidas» am nördlichen Pariser Stadtrand, begleitet von der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT-SO, weiteren Gewerkschaften und etlichen

Papierlosen-Kollektiven. Sie verlangten die Regularisierung, das Ende der amtlichen Heuchelei. Sie riefen: «Ohne Papiere kein Olympia!» Ihr Transparent verkündete: «Immigranten stoppen die Olympischen Spiele.»

Sogleich wurde im Elysée-Palast die höchste Alarmstufe ausgerufen. Präsident Emmanuel Macron hat «Paris 2024» zu seiner ganz grossen Sache erklärt, über die er persönlich mit harter Hand wacht. Die Olym-

Frankreichs Innenminister befahl den Polizisten, Paris von Clochards zu säubern.

piade soll zur Weltshow des Präsidenten werden, zu seinem und Frankreichs Glanze, mit einer Eröffnungszeremonie auf der Seine, über eine Strecke von 12 Kilometern, gegen die Disney und Hollywood vereint schlappes Dorftheater sind.

SOZIALE SÄUBERUNG

Dafür wird in und um Paris viel gebaut und mit eisernem Besen gefegt. Macrons Innenminister Gérald Darmanin, der in diesen Tagen nebenbei ein besonders

brutales Immigrations- und Asylgesetz durchpeitscht, befahl seinen Polizistinnen und Polizisten, Paris von Obdachlosen, Drogenkonsumenten, Strassenkindern, Clochards, Musikantinnen, Schaustellern usw. zu säubern. Er lässt Bussen und Verurteilungen regnen und dekretierte: «null Kriminalität» vor und während der Spiele. Dafür sorgen 30.000 «Flics». Notunterkünfte werden geleert, und bereits sind 1500 Familien irgendwohin in die Provinz geschickt worden. Ein Quartier in der Banlieue wurde abgerissen, um Platz für Olympia-Unterkünfte zu schaffen. Eine geschasste Bewohnerin: «Bei dieser Party wollen sie unsere Gesichter nicht sehen.» Im Pariser Norden sind Armenküchen und Lebensmittelausgaben verboten. Die Hilfsorganisationen befürchten «eine soziale Säuberung». Dafür wurden die Ladenöffnungszeiten stark erweitert, Sonntage eingeschlossen.

TOTALE ÜBERWACHUNG

Es ist eine irrsinnige Veranstaltung. Der Historiker Johann Chapoutot, Professor an der Eliteuniversität Sorbonne, sieht in den Olympischen Spielen eine «Dystopie der totalen Überwachung und des grenzenlosen Konsums für das 21. Jahrhun-

dert». Ein Sondergesetz, im März erlassen, hebt Grundrechte aus, gibt der Polizei nie

Ein Sondergesetz hebt Grundrechte aus und gibt der Polizei mehr Macht.

gekannte Vollmachten, erlaubt fast grenzenloses Bespitzeln und Bestrafen, Kameras, vorsorgliche Verhaftungen und einiges mehr. Unwahrscheinlich, dass dieser Unterdrückungsapparat nach den Spielen wieder abgebaut wird. Er ist bereits Normalität.

Er akzeptiere nur «den totalen Erfolg», sagte Macron. Als da im Oktober die Unsichtbaren riefen «Wir sind da!», rasten sofort Emissäre des Staates, der Stadt und der rund 30 Unternehmer und Subunternehmer in die «Arena Adidas». Die Verhandlungen waren brutal, erzählt Bauarbeiterin Valérie, aber sie endeten mit einem Blitzsieg: Die Unsichtbaren bekommen Papiere. Doch sie wollen mehr, mindestens die Legalisierung sämtlicher Papierlosen auf allen Olympia-Baustellen. Also besetzten sie am nächsten Morgen eine Agentur des Temporärvermittlers Adecco.

Jugendrevolte in der Banlieue: Macron will nicht verstehen

Nur Stunden nachdem ein Polizist in der Pariser Banlieue den siebzehnjährigen Nahel bei einer Kontrolle erschossen hatte, brannte im Sommer in 550 Städten Frankreichs die Revolte. Eine Auführerin sagte: «Jede und jeder von uns könnte Nahel sein. Die Gewalt der Polizei, ihr Rassismus und die Diskriminierung im Job sind unser Alltag.»

BRUTAL. Präsident Macron liess die Unruhen mit Brutalität niederschlagen, so wie er es

mit den Gelbwesten, den Gewerkschaftsdemos und den Rentenprotesten getan hatte. Es gab Tote und Hunderte von Verletzten, 1800 wurden durch Schnell-

Polizeigewalt gebe es nicht, sagt Frankreichs Regierung.

gerichte verurteilt, 30 Prozent davon waren unter 16 Jahre alt.

Vier Monate später hat die Regierung immer noch nicht verstanden,

was der zündende Funke war. Polizeigewalt gebe es nicht, sagt sie. Ebenso wenig Rassismus oder Diskriminierung. Soziale Gründe spielten keine Rolle. Die Unruhen, meinte Präsident Emmanuel Macron, seien das Ergebnis von schwindender Autorität, Videospielen und laschen Eltern.

FASSUNGSLOS. Wer sich mit den Lebensbedingungen in den Vorstädten Frankreichs auskennt, war fassungslos.

LA POLICE EST RACISTE ET TUE DES ENFANTS



EMPÖRT: Die Menschen auf der Strasse finden bei Macron kein Gehör. FOTO: KEY

Zuvorderst die Bürgermeisterinnen und Bür-

germeister der betroffenen Städte. Konsterniert nehmen sie jetzt auch die Massnahmen der Regierung zur Kenntnis. Knapp gefasst: mehr Repression, Gefängnis, Ausgangssperren und eine Form von Militärdienst für die Jungen, drastische Bussen und Umerziehung für die Eltern. Und der Wohnungsbau, die Schule, die Rückkehr des Service public in die Quartiere? Ja schon, nur hat die Regierung leider gerade die Budgets zusammengestrichen. (olf)

Strafanzeige gegen die SVP wegen Rassendiskriminierung Wahlkampf-Hetze von rechts

Die SVP hat im Wahlkampf erneut die hetzerische Keule ausgepackt. Auf die Kritik der Kommission gegen Rassismus (EKR) an den SVP-Präsidenten Marco Chiesa. Die Präsidentin der EKR, Martine Brunshwig Graf, schrieb: «Die Kampagnen-Sujets der SVP sind nicht nur rassistisch und fremdenfeindlich, sondern sie sind hetzerisch und schüren bewusst negative Emotionen.» Die EKR forderte in ihrem Brief, dass die Abbildungen der Kampagne

IWAN SCHAUWECKER

Ende September wandte sich die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) an den SVP-Präsidenten Marco Chiesa. Die Präsidentin der EKR, Martine Brunshwig Graf, schrieb: «Die Kampagnen-Sujets der SVP sind nicht nur rassistisch und fremdenfeindlich, sondern sie sind hetzerisch und schüren bewusst negative Emotionen.» Die EKR forderte in ihrem Brief, dass die Abbildungen der Kampagne

«Neue Normalität» von der SVP gelöscht werden.

Doch die SVP wollte davon nichts wissen. Sie verhöhnte die EKR im Wahlkampf und ergänzte ihre Kampagneninserate mit einem Stempel: «Achtung Zensur: Anti-Rassismus-Kommission will nicht, dass Sie dieses Inserat lesen!» Die Inserate



«Normalität der SVP ist nicht normal.»

SAMSON YEMANE,
VORSTANDSMITGLIED
EMB

wurden in allen grossen Schweizer Tageszeitungen ohne Vorbehalte geschaltet.

SCHULDIG. Alma Wiecken, Geschäftsführerin der EKR, sagt, die Kommission werde sich nochmals mit der Kampagne befassen. «Die SVP wurde 2017 wegen ihrer Kampagne gegen Kosovaren wegen Rassendiskriminierung schuldig gesprochen.» Auch die aktuelle Kampagne zielt darauf ab, Angst und Ablehnung gegenüber ausländischen Personen zu erzeugen. Bestimmte Menschengruppen würden als eine besondere Gefahr für die Schweiz dargestellt.

KLAGE. Kurz vor den Wahlen gab der Eritreische Medienbund Schweiz (EMB) bekannt, dass er wegen der Kampagne eine Anzeige gegen die SVP einreichte. Die Klage erfolgte aufgrund des

Vorwurfes der Diskriminierung und des Aufrufes zu Hass.

Samson Yemane ist Vorstandsmitglied beim EMB. Seit 2021 setzt sich der Schweiz-Eritreer als SP-Lokalpolitiker in Lausanne für die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein. Er sieht in der Wahlkampagne eine weitere Banalisierung von Gewalt und Rassismus: «Mit der SVP-Kampagne werden Menschengruppen angegriffen. Das Leiden, das mit solch rassistischen Bildern bei den betroffenen Personen verursacht wird, realisieren viele Wählende der SVP nicht.» Yemane sagt, dass die SVP als rechtsextreme Partei in Europa wahrgenommen werden müsse und entsprechend auch die Aura der Normalität verlieren sollte.



la suisse existe
Jean Ziegler

SCHWEIZER WAFFEN TÖTEN IN GAZA

Gaza ist der am dichtesten besetzte Landstrich der Welt. Auf einer Fläche, kaum grösser als der Kanton Schaffhausen (365 km²), drängen sich mehr als 2,8 Millionen Menschen. Als Sonderbericht-erstatte der Uno für das Recht auf Nahrung

Ich will nicht, dass meine Steuern das finanzieren.

besuchte ich Gaza mehrmals. Ich erinnere mich an ein Gewirr von

Hochhäusern, Baracken und Hütten. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sind Flüchtlinge von 1948, als die israelische Armee mehr als zwei Drittel der palästinensischen Bevölkerung vertrieb. 1967 besetzten die Israeli den schmalen Küstenstreifen. 2006 zog Israel die Truppen wieder ab. Wahlen fanden statt: die islamistische Hamas gewann gegen die laizistische Befreiungsorganisation Fatah.

BLOCKADE. Auf die Wahl der Hamas reagierte Israel mit einer totalen Wirtschaftsblockade gegen Gaza. Ein hoher Grenzzaun schliesst Gaza noch heute ein. Bloss zwei befestigte Grenzübergänge gibt es für die Uno-Lastwagen, die in normalen Zeiten Hilfsgüter, Nahrung, Medikamente, Treibstoff usw. bringen. Mehr als vier Fünftel der Eingeschlossenen überleben nur dank der internationalen humanitären Hilfe.

Samstag, 7. Oktober 2023. Im Morgengrauen durchbrechen rund 1500 Kämpfer der Hamas den Grenzzaun. In den benachbarten israelischen Kibbuzim und in der Stadt Aschkelon töten sie 1200 Menschen und entführen über 200 Geiseln. Wer Frauen, Kinder und unschuldige Zivilisten tötet, wer Geiseln entführt, ist ein Terrorist. Es gibt keine Entschuldigung für diese Taten – weder politisch noch religiös.

Auf den Hamas-Terror folgte am Abend des 7. Oktober der israelische Staatsterror. Die Bezeichnung stammt von Richard Falk, Völkerrechtsprofessor in Princeton, vormals Uno-Sonderbericht-erstatte für die besetzten palästinensischen Gebiete und zusammen mit Noam Chomsky der wohl einflussreichste jüdische Intellektuelle Nordamerikas.

In den letzten drei Wochen hat die israelische Luftwaffe über 8000 Menschen getötet und Zehntausende Kinder, Frauen und Männer schwer verletzt. Ganze Wohnquartiere wurden dem Erdboden gleichgemacht. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu legitimiert die Massaker mit einem einzigen Wort: «Rache» («Le Monde», 9. 10. 2023).

WAFFEN-TEST. Gemäss Uno-Dokumenten (Bericht von Richard Goldstone, 2008) benützt Israel seit 2008 regelmässig die Angriffe auf den Gaza-streifen für das Testen neuer Waffen. So auch beim gegenwärtigen Angriff.

Die Schweiz hat eine enge Rüstungskoope-ration mit Israel. Sie hat zusammen mit dem israelischen Waffenfabrikanten Elbit eine hochmoderne, hocheffiziente neue Kampfdrohne entwickelt. Von den sechs von der Schweizer Luftwaffe bestellten Exemplaren sind bereits im vergangenen April zwei geliefert worden. Gegenwärtig werden sie in Dübendorf überprüft. Diese Drohne ist in der israelischen Luftwaffe seit sechs Monaten im Einsatz.

Es ist eine Schande für unser Land. Ich will nicht, dass meine Steuern die Ermordung palästinensischer Kinder finanzieren. Die Militärkoope-ration mit Israel muss sofort gestoppt werden. Stattdessen soll die Schweiz, als neues Mitglied des Uno-Sicherheitsrates, der Forderung von Uno-Generalsekretär António Guterres zum Durchbruch verhelfen: sofortiger Waffenstillstand und Abbruch der mörderischen Bombardements von Gaza.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

VERTRIEBEN: Teweldeberhan Debesay geriet auf die schwarze Liste der Regierung und sah in der Flucht aus Eritrea den einzigen Ausweg. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Flucht vor dem Diktator

Teweldeberhan Debesay: Von Eritrea nach Riggisberg BE

Biologielehrer und Pflegefachmann Teweldeberhan Debesay flüchtete aus Eritrea in die Schweiz. Jetzt ist er besorgt über die Spaltung innerhalb der eritreischen Diaspora. Und empört über die schleppende Umsetzung der Pflegeinitiative.

IWAN SCHAUWECKER

Towe, so nennen ihn seine Arbeitskollegen und -kollegen im Pflegezentrum Schlossgarten im beschaulichen Riggisberg BE. Doch sein voller Vorname setze sich aus dem tigrinischen Tewelde «Geboren» und Berhan «Licht» zusammen. Vor neun Jahren flüchtete Teweldeberhan Debesay (40) aus Eritrea über das Mittelmeer nach Europa und bekam Asyl in der

«Wir sind auch Menschen. Das wird manchmal vergessen.»

Schweiz. Zur Überfahrt sagt er: «Wenn du in ein Holzboot mit 500 Leuten steigst, weisst du: das ist eine Frage von Leben und Tod!»

Für ihn sei es wichtig, dass die Menschen in der Schweiz verstünden, was solche Erlebnisse für die Geflüchteten bedeuteten. In diesem Jahr sind bisher etwa 186 000 Menschen über das Mittelmeer geflüchtet und bereits 2440 ertrunken. Hinter den Zahlen verbergen sich tragische Schicksale. Debesay sagt: «Wir sind auch Menschen. Das wird manchmal vergessen.» Die Mehrheit

der über 35 000 Eritreerinnen und Eritreer in der Schweiz hat eine traumatische Flucht erlebt.

VOM LEHRER ZUM PFLEGER

Debesay hat einen Bachelor in Biologie und arbeitete in Eritrea als Oberstufenlehrer. Doch wer eine höhere Ausbildung habe und sich nicht vorbehaltlos hinter das Regime des Diktators Isayas Afewerki stelle, gerate wie er auf eine schwarze Liste der Regierung. Jegliche Kritik am Präsidenten, der Eritrea seit 30 Jahren regiert, werde im Keim erstickt. Auch er sei im Gefängnis gelandet, nur weil er bei den wöchentlichen obligatorischen Treffen für die Einheitspartei nicht mehr mitmachen wollte. Deshalb entschloss er sich zur Flucht.

2021 konnte Debesay in der Schweiz die Lehre als Fachmann Gesundheit (Fage) abschliessen. Es sei für ihn schon vor der Flucht klar gewesen, dass er kein Luxusleben in Europa haben werde. Aber: «Hier kann ich mein Leben selber gestalten, wenn ich arbeite.» Einfach ist es nicht: «In der Ausbildung dachte ich manchmal: Ich will das nicht mehr weitermachen!» Dank einigen Freunden und den Leuten im Betrieb habe er es dann doch durchgezogen.

In der Schweiz beobachtet Debesay eine zunehmende Spaltung seiner Landsleute. Die ältere Generation, die vor mehr als 30 Jahren in die Schweiz gekommen sei, habe das diktatorische Regime nicht selber erlebt. Die Eritrea-Festivals, bei denen es im Sommer an verschiedenen Orten in Europa zu Ausschreitungen kam, würden von dieser älteren Generation organisiert und vom Regime gesponsert. Für die Oppositionsgruppen im Exil sei der Protest gegen die

Festivals ein Mittel, um auf die Diktatur in Eritrea aufmerksam zu machen.

Wegen der Praxis des Staatssekretariats für Migration (SEM) würden viele Eritreerinnen und Eritreer gezwungen, sich bei der Botschaft zu melden. Für eine Änderung des Aufenthaltsstatus oder eine Hochzeit verlangt das SEM einen eritreischen Pass. Doch wer diesen beantragt, wird zu einer Abgabe von 2 Prozent auf alle Einkommen der letzten Jahre verdonnert. Das kann zu einer Rechnung von mehreren Tausend Franken zugunsten des Regimes führen. Der Eritreische Medienbund Schweiz fordert vom SEM eine Abschaffung der Passbeschaffungspflicht, so wie dies auch deutsche Behörden handhaben. Petition: rebrand.ly/petition-eritrea.

LOHN UND LEISTUNG

Debesay ist auch Vertrauensperson bei der Unia. Seit der Annahme der Pflegeinitiative sei für ihn klar, dass sich die Pflegenden viel besser organisieren müssten. «Unser Lohn und das, was wir leisten, stehen in keinem Verhältnis.» Das Hauptproblem sei aber der Personalmangel, was für ihn oft zu kurzfristigen Arbeitseinsätzen und Stress führe.

Eritreer in der Schweiz

In der Schweiz leben mehr als 35 000 Menschen mit eritreischer Staatsbürgerschaft. Es ist die grösste aussereuropäische Diaspora im Land. Die Unia hat 625 eritreische Mitglieder. Die meisten arbeiten im Gastgewerbe (82) oder als Sanitär, Spengler und Elektriker (93). Viele arbeiten auch in der Pflege, in der Reinigung, auf dem Bau, im Detailhandel oder in der Logistik. (isc)

Menschenrechtsanwalt Olivier Peter (37) kritisiert Politik und Behörden

«Menschenhandel wird oft toleriert!»

Der Genfer Anwalt Olivier Peter hat schon viele Menschenhändler hinter Gitter gebracht. Polizei und Justiz waren nicht immer eine Hilfe. Er fordert vom Staat, endlich durchzugreifen.

JONAS KOMPOSCH UND DARJIA KNEŽEVIĆ

work: Laut der Plattformen Traite, der Schweizer Plattform gegen Menschenhandel, nehmen die Opferzahlen seit 2019 tendenziell zu. Allein im Jahr 2022 identifizierte die Plattform 177 neue Menschenhandelsopfer. Ist dieses Verbrechen tatsächlich auf dem Vormarsch?

Olivier Peter: Das ist schwer zu sagen, denn aufgrund der verstärkten Sensibilisierung und neu geschaffener Angebote ist es für Opfer wenigstens ein bisschen einfacher geworden, sich zu melden. Das könnte die Statistik verzerren. Das Grundproblem liegt jedoch in der Schweizer Justiz: Sie hat den Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung lange Zeit toleriert.

Wie bitte?

Jahrelang betrachtete unser Rechtssystem die Ausbeutung von Arbeitnehmenden als eine rein privatrechtliche Angelegenheit zwischen gleichberechtigten Parteien in einem Vertragsverhältnis. Aber in Wirklichkeit haben, bevor der Fall vor Gericht kam, oder Staatsanwaltschaften, die alle andert-halb Jahre ihr Personal austauschen. Das zieht die Verfahren massiv in die Länge. Hinzu kommt, dass die Opfer oft keine angemessene Unterkunft erhalten. In Genf gibt es zumindest noch Frauenhäuser, aber für Männer gibt es keine spezielle Struktur.

Wo konkret gibt es ein Polizei-Problem?

Zunächst muss man wissen: Sogar den Opfern selbst ist oft nicht bewusst, dass bei ihnen der Tatbestand des Menschenhandels erfüllt ist. Sie wissen daher auch nicht, dass ihnen besondere Rechte und Unterstützungsleistungen zustehen. Der Gang zur Polizei kommt für sie oft gar nicht in Frage, zumal die meisten Betroffenen keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Ihre Angst ist leider begründet. In der Schweiz haben weder Menschenhandelsopfer noch Zeugen eine Garantie auf ein



GEPRÄGT: Geboren und aufgewachsen ist Olivier Peter (37) im Tessin, wo er auch für die Unia tätig war. Zusätzlich hat der grosse SBB-Streik in Bellinzona (2008) seine berufliche Laufbahn geprägt. FOTO: ERIC ROSET

definitives Bleiberecht. Selbst dann nicht, wenn sie vollumfänglich mit der Polizei kooperieren.

Was sollten Betroffene also tun?

Statt alleine zur Polizei zu gehen, sollten sie sich Unterstützung von einer Gewerkschaft oder einer spezialisierten Fachstelle holen. Denn das System hat zwar positive Elemente, ist aber in der Gesamtheit eher darauf ausgerichtet, die Täter zu schützen. So gibt es leider noch immer Staatsanwälte, die den Artikel 182 des Strafgesetzbuches nicht einmal kennen. Ich habe Ermittlungen erlebt, die über sieben Jahre gedauert haben, bevor der Fall vor Gericht kam. Oder Staatsanwaltschaften, die alle andert-halb Jahre ihr Personal austauschen. Das zieht die Verfahren massiv in die Länge. Hinzu kommt, dass die Opfer oft keine angemessene Unterkunft erhalten. In Genf gibt es zumindest noch Frauenhäuser, aber für Männer gibt es keine spezielle Struktur.

Trotzdem: Man kann sich wehren. Sie selbst haben ja schon etliche Fälle gewonnen! Richtig, und bisher allesamt erstinstanzlich! Ein Urteil aus der Bauwirtschaft ist mir dabei besonders wichtig. Auf dem Bau haben wir oft die Situation, dass der Menschenhändler aus demselben Land oder derselben Region kommt wie seine Opfer. Doch es ist für ihn nicht immer einfach, hier sauber eine Firma zu eröffnen und bei den paritätischen Kontrollkommissionen alle nötigen Papiere

einzureichen. Deshalb greifen ausländische Täter gerne auf einheimische Treuhänder als Strohmänner zurück. So auch in diesem Fall. Die beiden schuldeten den ausgebeuteten Arbeitern 400000 Franken. Doch der Staatsanwalt konzentrierte sich jahrelang nur auf den ausländischen Chef. Ich musste wirklich darauf bestehen, dass auch sein Strohmännchen zur

«Das System ist eher darauf ausgerichtet, die Täter zu schützen.»

OLIVIER PETER, ANWALT

Verantwortung gezogen wird. Schliesslich erkannte das Gericht die persönliche Haftung des Strohmännchens für die nicht bezahlten Löhne an, und er erhielt eine Gefängnisstrafe. Das ist ein grosser Erfolg, denn bisher haben die Staatsanwälte die Schweizer Treuhänder immer in Ruhe gelassen, und nach diesem Urteil scheint sich die Praxis zu ändern.

Und wen schicken Sie als nächstes ins Gefängnis?

Unsere Kanzlei vertritt zurzeit gleich mehrere Opfer von Menschenhandel. Ein Fall betrifft zwei südamerikanische Hausangestellte, die in einer Villa im Genfer Stadtzentrum ausgebeutet und vergewaltigt wurden. Ein weiterer Fall betrifft eine philippinische Arbeiterin, die von pakistanischen Diplomaten ausgebeutet wurde. Dieser Fall ist besonders problematisch, weil die Täter behaupten, unter diplomatische Im-

munität zu fallen. Wenn nötig, werden wir den Fall jedoch bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen!

Vor einem Jahr verabschiedete der Bund den dritten Nationalen Aktionsplan (NAP) gegen Menschenhandel. Auch die Unia hat daran mitgewirkt. Grund für Optimismus?

Es gibt durchaus eine hoffnungsvolle Entwicklung. Angefangen hat diese im Tessin, wo schon 2005 eine spezialisierte Polizeieinheit gegen Menschenhandel geschaffen wurde. Geburtshelferin dieser Einheit war übrigens die lokale Unia, die zusammen mit der Generalstaatsanwaltschaft mehreren Fällen auf der Spur war und eine solche Einheit forderte. Denn es ist klar: Wenn sich eine Spezialeinheit und eine spezialisierte Staatsanwältin mit dem Thema befassen, ändert das die Ausgangslage komplett.

Sie sind im Kanton Genf tätig, der ebenfalls als Vorreiter in Sachen Menschenhandelsbekämpfung gilt. Was steckt dahinter?

Bei uns haben die Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft sehr wichtige Arbeit geleistet. Sie haben Fälle angeprangert, Opfer unterstützt und die Behörden zu einer Reaktion gezwungen. Ohne diese Arbeit wäre Genf nicht weiter als andere Kantone. Aber es stimmt: Während wir nun eine polizeiliche Sonderbrigade gegen Menschenhandel haben, drücken sich andere Kantone noch immer um die Verantwortung. Es tut sich aber was. So hat heute etwa auch die Kapo Zürich einen spezialisierten Fachdienst. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, Menschenhandel lasse sich nur durch Repression bekämpfen. Vielmehr muss anerkannt werden, dass die Wurzeln des Menschenhandels in unwürdigen Arbeitsbedingungen und unzureichenden Arbeitsplatzkontrollen liegen. Der Staat muss sich auch um die Opfer kümmern, sie schützen, ihnen Wohnungen organisieren und ihren Aufenthalt legalisieren. Und schliesslich sind auch Fortschritte in der Frage der Entschädigung erforderlich. Ich sehe oft einen Staat, der die schwere Ausbeutung von Arbeitnehmern durch Menschenhändler de facto zulässt, dann aber keinerlei Verantwortung übernimmt und den Schaden nicht wiedergutmacht. Das ist für mich der eigentliche Skandal!

Fünf Jahre lang war Gastro-Mitarbeiter Selim Öztürk seinem Chef ausgeliefert

«Ich hatte das Gefühl: Jetzt bist du kein Mensch mehr»

Selim Öztürk* (41) wurde von seinem Chef schamlos ausgenutzt. Dieser liess ihn fast pausenlos in seinem Restaurant schuften und verdonnerte ihn auch noch dazu, sein Haus zu putzen.

DARJIA KNEŽEVIĆ

Über seine Vergangenheit zu sprechen kostet Selim Öztürk* (41) viel Mut. Er ist seit 10 Jahren in der Schweiz, die Hälfte davon verbrachte er in einem kleinen Dorf im Kanton Bern und arbeitete in einem Restaurant. work trifft Öztürk in einer Bar in Bern. Während sich andere ausgelassen bei einem Feierabendbier unterhalten, bleibt Öztürk ernst. Er bestellt einen Tee. «Zur Beruhigung», meint er. Und trotzdem: es tue ihm gut, darüber zu sprechen. «Zu lange habe ich geschwiegen.»



LUXUSLEBEN: Der Gipsermeister beutete seine Angestellten aus. FOTO: ZVG

* Name geändert

Der Weg von Öztürk in die Schweiz war ein langer. Der heute 41jährige ist in der Türkei geboren und musste bereits im Kindesalter aus seinem Heimatland fliehen. Die Familie zog nach Holland, wo Öztürk die Schule besuchte und sich später auch einbürgern liess. Mit 31 Jahren stand

«Angestellt war ich im Restaurant, aber ich habe fast alles für ihn gemacht.»

Öztürk vor vielen persönlichen und auch beruflichen Schwierigkeiten, weshalb er sich entschied, in die Schweiz auszuwandern. Denn hier hatte er Familie und versprach sich eine bessere Zukunft.

DAS ERSTE WARNZEICHEN

Bei seiner Ankunft konnte Öztürk ein paar Brocken Hochdeutsch, «doch das Schweizerdeutsch habe ich komplett unterschätzt», gesteht er. Er jobbte erst in einer Pizzeria, später in der Reinigung. Über einen Bekannten kam er anschliessend zu einer Arbeitsstelle in einem Gastronomiebetrieb, abgelegen in einem kleinen Dorf im Kanton Bern. Er war im Restaurant als Kellner angestellt, im glei-

chen Gebäude erhielt er ein Zimmer zum Wohnen. «Während der Probezeit von sechs Monaten erhielt ich keinen Arbeitsvertrag», sagt er. Das war ein erstes Warnzeichen. Doch Öztürk war einfach froh um einen Job und ein Dach über dem Kopf.

«ICH KANNTE MEINE RECHTE NICHT»

«Angestellt war ich im Restaurant, aber eigentlich habe ich fast alles für meinen Chef gemacht. Ich habe mich um seinen Garten gekümmert, seine Wände gestrichen, sein Haus geputzt und bei einem Umbau sogar auf der Baustelle ausgeholfen», sagt der 41jährige und erzählt weiter: «Ich hatte praktisch keine Freizeit. Wenn ich offiziell freihatte, wurde ich immer wieder aus meinem Zimmer geholt, um im Betrieb auszuhelfen.» Weil er fast jeden Tag arbeitete, verliess er das Dorf selten.

Dann kam die Sache mit dem Lohn hinzu: «Den Lohn gab es nur bar auf die Hand, bei den Arbeitsstunden wurde gepfuscht. Gewehrt haben sich die Angestellten nicht, weil sie Angst vor dem Chef hatten.» 18 Franken verdiente Öztürk netto pro Stunde, weniger als der im GAV festgehaltene Mindestlohn.

Wie belastend es noch heute für Öztürk ist, darüber zu sprechen, sieht man ihm an. Während des Gesprächs fängt er nervös an, in seinem Tee zu rühren und den Teebeutel auseinanderzupflücken. «Die Zeit in dem Restaurant hat mich psychisch enorm belastet. Ich hatte keine Freunde, kein Umfeld, keine Freude am Leben.»

Wenn er heute über die fünf Jahre in dem Gastrobetrieb erzählt, fragen alle, warum er den Job nicht aufgegeben habe. «Ich kannte meine Rechte nicht. Erst wollte ich nicht zulassen, dass mich der Chef rausmobbt. Später hatte ich schlicht keine Kraft mehr, weil ich psychisch ausgebrannt war.» Und er hatte Angst, ob er überhaupt einen anderen Job und eine andere Unterkunft fände.

BETRUNKEN AM PÖBELN

Weil Öztürk einige Zeit brauchte, um Schweizerdeutsch zu verstehen, war ihm nicht bewusst, wie sein Chef über ihn sprach. «Schon gegen Mittag war er betrunken und pöbelte die Belegschaft an. Während wir alle hart arbeiteten, lachte er mit seinen Stammkunden über rassistische Türkenwitze.» Er habe ihn vorgeführt wie ein Zirkuspferd.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie spitzte sich die Situation weiter zu. Auf Anordnung des Bundesrates mussten die Restaurants schliessen. «Ich hatte ja nur ein Zimmer und deshalb meinen Chef um Erlaubnis gefragt, mir in der Restaurantküche Essen zuzubereiten. Er verbot es mir.» In seinem Zimmer musste er sich

«Wenn ich offiziell freihatte, wurde ich immer wieder aus meinem Zimmer geholt.»

wochenlang von Mikrowellenessen ernähren. Sein Lohn schrumpfte auf 500 Franken im Monat. «Es waren katastrophale Zustände. Ich hatte wirklich das Gefühl: Jetzt bist du kein Mensch mehr.»

Wenige Monate nach Ausbruch der Pandemie entliess der Chef einige Angestellte, Öztürk erhielt die Kündigung. «Das war meine Rettung!» Im nachhinein macht er sich selbst Vorwürfe: «Dass ich mich fünf Jahre lang nicht gewehrt oder mir Hilfe geholt habe, war mein eigener Fehler.» Doch die Situation erschien ihm aussichtslos. Heute arbeitet Öztürk als Logistikler in Biel. Die Zeit der Ausbeutung ist zwar vorbei, aber noch nicht verdaut.

Schweizer Recht: Das sind die Indizien für Menschenhandel

Auch das Schweizer Rechtssystem muss gegen Menschenhandel kämpfen (siehe Interview links). Doch wann handelt es sich um Menschenhandel? Nach internationaler Definition müssen drei Merkmale erfüllt sein:

1. Eine aktive Anwerbung, Beförderung oder Unterbringung von Personen.
2. Androhungen oder die Anwendung von physischer oder psychischer Gewalt.
3. Ziel ist sexuelle Ausbeutung, Arbeitsausbeutung, Sklaverei oder Organentnahmen.

DIE UNIA SETZT SICH EIN: Um diese Straftat hierzulande zu bekämpfen, wurde der dritte Nationale Aktionsplan (NAP) gegen Menschenhandel verabschiedet. Auch die Unia setzt sich gegen dieses Verbrechen ein und veröffentlichte erst kürzlich eine ausführliche Broschüre zum Thema. Zu finden unter [rebrand.ly/Unia-gegen-Menschenhandel](https://www.unia.ch/de/indizien).

Umstrittener Genfer Schiffferei-Konzern MSC will fast die Hälfte des Hafens kaufen Hamburger Hafenbuezer wehren sich gegen Schweizer Superreiche

Die Hamburger Stadtregierung will dem Schweizer Konzern MSC fast die Hälfte des Hafens verkaufen. Die Hafentarbeiter und ihre Gewerkschaft wehren sich. Und ein anderer Superreicher aus der Schweiz auch. Aus anderen Gründen.

CLEMENS STUDER

Hafentarbeiter sind ein robustes Völklein. Und ohne sie geht nichts. Und gegen sie? Die rot-grüne Hamburger Regierung scheint es zu glauben – und will bis auf eine knappe Mehrheit die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) an den Schweizer Logistikmulti MSC verschreiben. Die HHLA war bis 2007 im Besitz der Stadt. Dann wurde der Konzern an die Börse gebracht und «teilprivatisiert». So wie in der Schweiz die Swisscom. Davon hielten die Hafentarbeiter und ihre Gewerkschaft Verdi nichts. Und noch weniger davon, dass die Stadt jetzt bis auf eine knappste Mehrheit alle Aktien verkaufen will. Sie kündigten Widerstand an. Bei einer ersten Demo sorgten rund 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Hamburger Innenstadt für ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Vor dem Rathaus skandierten sie: «Kein Verkauf von Städteigentum. Unser Hafen – nicht euer Casino!» Die Arbeiter befürchten weniger Mitbestimmungsrechte und noch grösseren Profitdruck auf ihrem Buckel.

Die MSC ist ein schillernder wie verschwiegener Multi.

Die Mediterranean Shipping Company (MSC) mit Sitz in Genf ist ein überaus schillernder wie verschwiegener Multi. Gegründet wurde sie 1970 von

HAUPTSITZ GENF

Die Mediterranean Shipping Company (MSC) mit Sitz in Genf ist ein überaus schillernder wie verschwiegener Multi. Gegründet wurde sie 1970 von



EINE SCHRECKLICH REICHE FAMILIE: Das gemeinsame Vermögen von Gianluigi und Rafaela Aponte und den Kindern Diego und Alexa wird auf 19 bis 20 Milliarden Franken geschätzt. FOTO: KEYSTONE/ZVG/MONTAGE: WORK

Gianluigi Aponte. Der gelernte Seemann Aponte lernte als Kapitän eines Kreuzfahrtschiffs die Genfer Bankierstochter Rafaela Diamant kennen. Er gab das Kapitänsein auf, zog zu seiner späteren Frau nach Genf, arbeitete dort beim skandalumwitterten Anlageunternehmen Investors Overseas Services (IOS) und gründete nach ihrem Zusammenbruch die MSC. Das Unternehmen wuchs rasant. Aus dem Ein-Kahn-Unternehmen wurde mit aktuell über 780 Schiffen die grösste Reederei der Welt. Und diese ist immer noch ein Familienbetrieb im wahrsten Sinne des Wortes. Die beiden Kinder von Gianluigi und Rafaela Aponte amten als CEO (Sohn Diego) und Finanzchefin (Tochter Alexa). Sie leben alle in Corsier bei Genf und haben auch sonst ein enges und gegen die Aussen-

welt abgeschottetes Privatleben. Selbst die Skiferien verbringen sie am gleichen Ort: im französischen Megève. In identischen Häusern, wie Dorfbewohner berichten. Die «Bilanz» führt die Familie auf Platz 6 der 300 Reichsten in der Schweiz mit einem Vermögen von 19 bis 20 Milliarden.

SCHWEIGEN UND KASSIEREN

Abgeschottet sind auch die Geschäfte des Konzerns. Finanzielle Kennzahlen werden sehr rudimentär veröffentlicht. Immer wieder kamen schlechte Arbeitsbedingungen an Bord der Schiffe und in Häfen, die von MSC betrieben werden, ans Tageslicht. Kein Wunder, hält der Aponte-Clan nichts von Gewerkschaften. Und wohl auch wenig von den französischen Anti-

Korruptionsbehörden, die auch schon ihre Geschäftsräume durchsuchten.

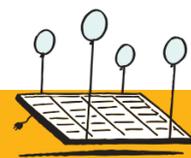
Den letzten Wachstumsschub legte die MSC hin, indem sie wild alle besonders umweltschädlichen Schiffe aufkaufte, die andere Konzerne aus Umweltschutz-(oder Image-)Gründen verkauften. Und diese während der Corona-Pandemie bestens und teuer füllen konnte. Getreu dem Firmenmotto: «Erde bedeckt einen Drittel unseres Planeten – wir bedecken den Rest.» Wie sehr die MSC-Schiffe die Luft auch an Land verpesteten, zeigte unlängst eine eindrückliche Reportage über die MSC-Werft auf Malta im «Magazin» (nachzulesen hier rebrand.ly/msc-malta).

NOCH EIN SUPERREICHER

Bis jetzt scheinen sich die Hamburger Stadtberechtigten nicht von ihrem Vorhaben abbringen zu lassen, dem umstrittenen Schweizer Konzern den Hafen faktisch in die Hände zu legen. Aber noch sind einige Hürden zu nehmen: Zustimmung müssen einem MSC-Einstieg bei der HHLA noch die Hamburger Parlamente. Die deutsche Finanzmarktaufsicht muss prüfen. Und auch die EU-Behörden müssten das Geschäft aus Wettbewerbsicht absegnen.

Unterdessen machen nicht nur die Lohnabhängigen Druck. Auch innerkapitalistisch laufen Auseinandersetzungen: Die Reederei Hapag-Lloyd ist eine der MSC-Konkurrentinnen. Sie befürchtet, mit den Servicegebühren die Konkurrenz zu finanzieren, und droht mit dem Abzug aus dem Hamburger Hafen. Bemerkenswert, wenn auch nicht erstaunlich: auch bei Hapag-Lloyd zieht ein Profiteur der Schweizer Steuergesetzgebung die Fäden. Der Deutsche Michael Kühne ist laut US-Magazin Forbes der reichste Einwohner der Schweiz (36 Milliarden Franken) und wohnt im ebenso idyllisch gelegenen wie steuerbilligen schwyzerischen Schindellegi. Vielleicht sollten die Hamburger Hafentarbeiter mal den Rhein aufwärts schippern.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Batterie-Technologie: Sie braucht weder Lithium noch seltene Erden!

Wind- und Solarstrom können nicht immer sofort ins Netz eingespeist werden. Eine neue Batterie-Technologie bietet sich jetzt als Puffer an. Und sie funktioniert ohne knappe Rohstoffe.

Politisch gibt es in der Schweiz offenbar einen Stadt-Land-Graben, der immer grösser zu werden droht. Jedenfalls sagen dies die Politologinnen und Politologen. Einer der Grabenkämpfe ist das Elektroauto, das sich – wenn wir der SVP glauben wollen – für den hügeligen, alpinen Raum nicht eigne. Und erst noch zu teuer sei.

Ganz andere Sorgen plagen jedoch die Autoherstellerinnen in Europa. Vorab in Deutschland haben sie Angst, dass China mit preislich höchst attraktiven Elektroautos den Markt fluten könnte. Besser reagieren sie in Frankreich: da kommt in wenigen Monaten mit dem neuen Citroën ë-C3 ein kostengünstiger elektrischer Wagen auf den Markt, der bestimmt auch die Herzen der Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz höherschlagen lassen wird. Denn erstens können sie den Strom selber günstig produzieren. Und zweitens haben Elektroautos in den Vor- und Alpen einen unschlagbaren Vorteil: sie laden beim Bergabfahren ihre Batterien auf. Das spart Strom und Geld.

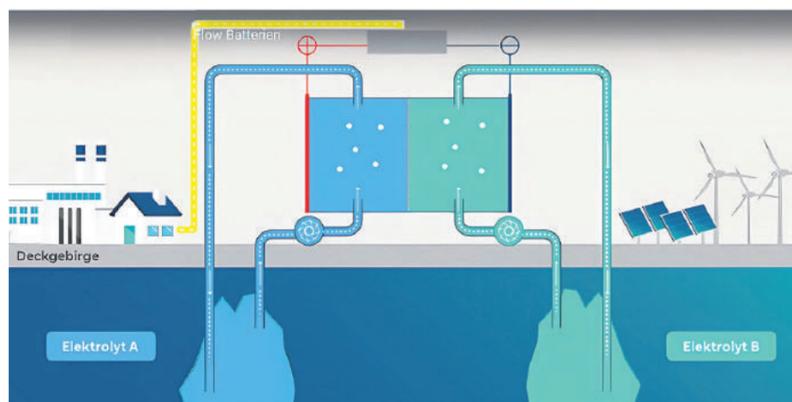
A propos Strom: Beim parallel dazu anstehenden Umstieg auf die immer billiger werdende Solarenergie müssen

dringend folgende drei Probleme gelöst werden:

Problem 1: Die Sonne scheint nur am Tag und nicht in der Nacht. Batterien werden diesen Tag-und-Nacht-Ausgleich sicherstellen müssen. China bringt jetzt Lithiumionen-Batterien auf den Markt, die pro speicherbare Kilowattstunde nur 80 Franken kosten. Eine Sensation! Mit diesen gelingt es, die Produktion von Solarstrom günstig in die Nacht zu verschieben. Und ihn erst noch bedarfsgerecht ins Netz einzuspeisen, ohne dass man dieses gross ausbauen müsste.

Problem 2: Wenn die Sonne nicht scheint, wenn der Wind nicht bläst und die Bäche zu wenig Wasser führen, kann es zu trockenen Dunkelflauten kommen. Für die Schweiz noch kein Problem, wenn wir immer genügend Wasser in unseren Stauseen haben.

Problem 3: Wenn wir den Zubau der Photovoltaik vorab im Mittelland und nicht in den Alpen vorantreiben, haben wir viel zu viel Sommerstrom. Und zu wenig Winterstrom. Das deutsche Unternehmen CMBL Energy AG glaubt die Lösung mit seinen Organic-Slow-Flow-Batterien gefunden zu haben. Diese flexiblen Speicherlösungen kommen als stationäre Energiespeicher im Stromnetz zum Einsatz und helfen, Energieerzeugung und Energieverbrauch auszugleichen. Auch das österreichische Unternehmen Strabag AG glaubt an diese neue Technologie. Deshalb steigt es mit



ORGANIC-FLOW-BATTERIEN: Der österreichische Bauriese Strabag investiert 100 Millionen in diese absehbar höchst umweltfreundliche Innovation. BILD: EDISON MEDIA

100 Millionen bei CMBL ein. Die Vorteile:

- Erstens sind grosse Stromspeicher selbst im Gigawattstundenbereich möglich.
- Zweitens soll ihre Lebensdauer praktisch unbegrenzt sein, wenn sie richtig gewartet werden.
- Drittens liegt ihr Wirkungsgrad bei 90 Prozent. Weit besser als bei den Pumpspeicherkraftwerken, die nur auf 80 Prozent kommen.
- Viertens besteht im Gegensatz zu Wasserstoffspeichern keine Explosionsgefahr.
- Und fünftens werden keine seltenen Erden oder andere knappe Rohstoffe verwendet. Ein unglaublicher Vorteil!

Noch sind die Investitionskosten mit 330 Franken pro gespeicherte Kilowattstunde zu hoch, um Milliarden von Kilowattstunden vom Sommer in den Winter zu verschieben. Aber für viele stationäre Anwendungen hat die Slow-Flow-Batterie schon heute unglaublich viel Potential, so sie denn halten wird, was sie verspricht.

Es gibt einen Wettbewerb der Ideen, der Konzepte und der Preise. Wer am Ende die Nase vorne hat, können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht wissen. Nur eines wissen wir bestimmt: Alles bewegt sich rasend schnell in Richtung Klimaneutralität. Viel schneller jedenfalls, als das die Roten und Grünen bisher dachten, als sie die Klimafonds-Initiative konzipierten.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/gruene-grossbatterie
Dieses schon etwas ältere Video erklärt die Funktionsweise der Organic-Flow-Batterien.
- rebrand.ly/chinesische-batterien
Hier bieten chinesische Hersteller Batterien mit einer Speicherkapazität von 500 Kilowattstunden an. Mit einer Lebensdauer von 8000 Zyklen. Zum Preis von 80 Franken pro gespeicherte Kilowattstunde. Müsste Energieminister Albert Rösti mal testen!
- rebrand.ly/cmbly-energy
Die Homepage von CMBL Energy.
- rebrand.ly/e-c3
Wird dieser neue Citroën ë-C3 der neue Deux Chevaux (Döschwo) des nächsten Jahrzehnts?

Sie finden alle Links direkt zum Anklippen auf der work-weeksite unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

So will die schwerreiche Marlene Engelhorn ihr Geld los werden Die etwas andere Millionenerbin

Geld verleiht Recht, Macht und Ressourcen. Die Millionenerbin Marlene Engelhorn (31) weiss, wovon sie spricht. Ein Buch aus der Sicht einer Überreichen und ihrer Mission, ihr Vermögen in die Gesellschaft zurückzuverteilen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Die Menschen rennen mehrheitlich im Hamsterrad des Turbokapitalismus einer Geld-Karotte hinterher.» So sieht die Welt in den Augen der Millionenerbin Marlene Engelhorn aus. Die rennenden Hamster sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, das Hamsterrad unser Wirtschaftssystem und die Karotte das Geld. Und die überreichen Hamster, etwa 1 Prozent unserer Gesellschaft, sitzen fett und faul herum. Denn Rüebli, also Geld, haben sie im Überfluss.

Zu den faulen Hamstern gehört auch Marlene Engelhorn. Sie wurde in eine schwerreiche österreichische Familie geboren. Diese führte zuerst den Chemiekonzern BASF und übernahm dann die Pharmafirma Boehringer Mannheim.

Für Engelhorn ist klar, dass Reichsein kein Schicksal ist.

Doch die Autorin blickt kritisch auf ihr Erbe: «Beide Unternehmen schafften es gut durch den Zweiten Weltkrieg. Kein Mensch fragt, wie.» In ihrem Buch schreibt die Erbin über das Konstrukt «Geld», was es mit Menschen macht, die zu viel davon haben, und wie ihre Idealvorstellung aussieht, damit alle genug davon haben.

LEERE VERSPRECHEN
«Wenn ich ohne Arbeit so leben kann, wie es die wenigsten mit harter Arbeit können, zeigt sich eine Ungerechtigkeit sehr konkret.» Das ist der zentrale Punkt von Engelhorn in ihrem Buch: die Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Während die meisten arbeiten müssen, ist die Ausgangslage bei den Superreichen eine ganz andere. Gearbeitet wird in diesen Kreisen nur aus moralischen Gründen oder um Teil der Gesellschaft zu sein. Sie spenden oder gründen Stiftungen – alles fürs gute Gewissen.

Für Engelhorn ist aber glasklar, dass Reichsein kein Schicksal ist. Nur wenige Menschen werden überreich geboren. Aber keine Menschen werden dazu gezwungen, überreich zu sterben. Deshalb engagiert sich Engelhorn für die Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit (mehr dazu in der Box). Statt miteinander über Geld zu sprechen, wird geschwiegen. Und das führe zu Stigma. «Arm sei nur, wer sich nicht anstrengt. Das ist



REICH GEBOREN: Marlene Engelhorn kämpft dafür, dass ihr Erbe höher besteuert und somit gerecht verteilt wird. Denn was sie sicher nicht will, ist, superreich zu sterben. FOTO: IMAGO IMAGES

eine dreiste Lüge», so Engelhorn. Gleich danach komme die Lüge, dass Arbeit reich mache. Ein leeres Versprechen. Und so fragt sich Engelhorn, warum es eine Armutsgrenze gibt, aber keine Reichtumsgrenze.

ALLE TÜREN STEHEN OFFEN

Wie absurd reich Engelhorns Familie ist und wie anders ihr Leben war, schimmert im Buch immer wieder durch. Engelhorn schreibt: «Wie viel Geld genug ist, ist für Überreiche keine Frage, sondern eine Entscheidung.» Und so zeigt sie besonders im Kapitel «Geld macht neurotisch» immer wieder auf, welche Türen für so reiche Menschen wie sie offenstehen – nämlich alle. Geld verleiht Macht, Recht, Ressourcen und entscheidet über Bildung, Erziehung sowie politische Teilhabe.

Engelhorn gibt einen tiefen Einblick in ihr Dilemma, reich zu sein, aber das Erbe kritisch zu hinterfragen. Teilweise wird die 31-jährige auch philosophisch, besonders wenn sie das ganze Wirtschaftssystem und das Konstrukt «Geld» hinterfragt: «Die Menschen müssen an das Märchen vom Hamsterrad glauben. Sie brauchen eine Ka-

Exotin: Eine Reiche, die mehr Steuern zahlen will

Marlene Engelhorn (31) wurde 1992 in eine schwerreiche Familie geboren. Das Vermögen ihrer Grossmutter Traudl Engelhorn wird auf über 4 Milliarden Euro geschätzt. Geboren und aufgewachsen in Wien, besuchte sie dort Privatschulen, bis sie an der Universität Wien Germanistik studierte. Seit Engelhorn über ihr hohes Erbvermögen weiss, setzt sie sich für Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit ein. In diesem Zuge wurde sie zur Mitgründerin der Initiative «tax me now». Ein Zusammenschluss von vermögenden Personen aus dem deutschsprachigen Raum, der sich aktiv für Steuergerechtigkeit einsetzt. (dak)

rotte und das Versprechen, dass sie ausschliesslich aus eigener Rennerei diese Karotte erreichen.»

Marlene Engelhorn: **Geld**. 176 Seiten. Erschienen beim Verlag Kreymar & Scheriau, September 2022, Preis: ca. Fr. 32.–.

Podiumsdiskussion
Es lebe der freie Sonntag!

Das Verbot der Sonntagsarbeit gerät immer stärker unter Beschuss. So will Bundesrat Guy Parmelin Läden in Innenstädten neu an sieben Tagen öffnen. Und die Wirtschaftskommission des Nationalrats will Firmen, die seit fünf oder weniger Jahren existieren, komplett vom Arbeitsgesetz ausnehmen. Und das sind nur zwei Angriffe auf den freien Sonntag unter vielen. Höchste Zeit für eine Auslegeordnung – und Widerstand! Die Sonntagsallianz, ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, Kirchen, Frauenorganisationen und Arbeitsmedizinern, lädt zu einer Podiumsdiskussion: Was ist uns der Sonntag noch wert? Wo und wie ist der freie Sonntag in Gefahr? Und was sind die sozialen und gesundheitlichen Folgen davon?

Podiumsdiskussion mit Theologin Christina aus der Au, Arbeitsmedizinerin Klaus Stadtmüller, Verkäuferin Kerstin Mauerhofer. 30. November, 18.30 bis 19.30 Uhr, Polit-Forum Käfigturm, Marktgasse 67, Bern. Livestream unter rebrand.ly/freiersonntag.

Mindestlohn-Tagung
Ist die Zeit jetzt reif?

Seit dem Nein zur Mindestlohninitiative von 2014 hat sich das Tieflohnproblem verschärft. Andererseits haben seither verschiedene Kantone und Städte Mindestlöhne beschlossen oder bereits eingeführt. In einer Tagung zieht die Unia Bilanz und diskutiert die Perspektive für eine neue Mindestlohnoffensive.



TRIUMPH: Zürich und Winterthur sagen Ja zum Mindestlohn. FOTO: WORK

ve. Am Podium im Hotel Kreuz in Bern nehmen teil: Vania Alleva, Unia-Präsidentin; Serge Gaillard, ehemaliger Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung; David Gallusser, SGB-Ökonom; Catherine Laubscher, ehemalige Unia-Verantwortliche Detailhandel; Alessandro Pelizzari, Hochschuldirektor und ehemaliger Regiosektar der Unia Genf; Paul Rechsteiner, alt Ständerat und ehemaliger SGB-Präsident; und Andreas Rieger, ehemaliger Unia-Co-Präsident.

Mindestlohntagung, 16. November 2023, 9.30 bis 12.30 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern. Anmelden unter rebrand.ly/milotag. Alles zur Mindestlohnkampagne in der Schweiz: rebrand.ly/milo-dossier.

Stolperstein-Audiotour
Nazi-Terror in Basel

Auch in Basel erinnern goldene Tafeln, die im Strassenpflaster eingebettet sind, an Personen, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet wurden. Diese sogenannten Stolpersteine sind dort zu finden, wo die Opfer vor ihrer Deportation oder Ermordung gelebt oder gearbeitet haben. Ausführlichere Informationen zu den Personen gibt es neuerdings mit einer Audiotour. Diese können Interessierte selbständig und kostenlos unternehmen – und zwar mit einer auf dem Smartphone «hörbaren Stadtkarte».

Die **hörbare Stadtkarte** gibt es unter www.steinesprechen.ch.

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



KRANKENKASSEN-PRÄMIEN: NICHT DIE KOSTEN SIND DAS PROBLEM

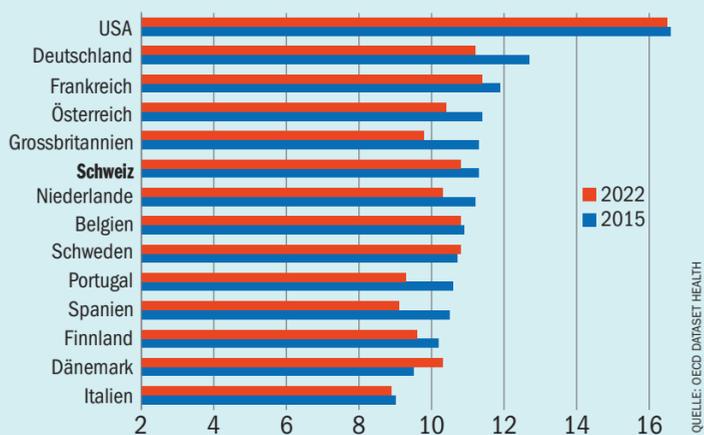
Die Gesundheitsausgaben sind in der Schweiz in den letzten Jahren nochmals angestiegen. Wohnkosten und Krankenkassenprämien sind die grössten Ausgabenposten in Schweizer Haushalten, und Familien mit Kindern zahlen für die Krankenkassenprämien mehr als für Steuern. Es stimmt, in gewissen Bereichen liessen sich Gesundheitskosten senken: überbewertete Medikamente, hohe Löhne von Chefärzten, zu hohe Verwaltungskosten der Kassen usw.

IM RAHMEN. Vergleicht man unsere Gesundheitskosten mit anderen Ländern, so fällt auf, dass sie durchaus im Rahmen sind. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt in der Schweiz 11,3 Prozent. In den meisten westeuropäischen Ländern beträgt der Anteil zwischen 10 und 12 Prozent. Zwei unserer Nachbarländer schlagen dabei etwas nach oben (Deutschland) und unten aus (Italien). Von allen Industrieländern die höchsten Kosten weist das US-amerikanische, fast vollständig pri-

vatisierte Gesundheitssystem auf. Sein Anteil am BIP ist rund 50 (!) Prozent höher als in Westeuropa.

FINANZIERUNG FALSCH. Eine gute Gesundheitsversorgung kostet, und wir sollten uns die vergleichsweise hohe Qualität, die wir heute haben, auch leisten können. Das grösste Problem sind hierzulande nicht die Kosten, sondern ihre Finanzierung. Und hier gibt es riesige Unterschiede zu anderen Ländern. Während etwa in Dänemark und Grossbritannien der Hauptteil der Kosten aus Steuermitteln bezahlt wird, die progressiv sind und die Reichen deutlich stärker belasten, werden in anderen Ländern die Gesundheitskosten wenigstens mit Lohnprozenten und somit im Verhältnis zum Einkommen finanziert. In der Schweiz mit der Kopfprämie bezahlt eine Angestellte, die 5000 Franken verdient, genau gleich viel wie der Manager, der 50000 Franken im Monat verdient. Das ist unsozial und führt dazu, dass untere und mittlere Einkommen viel zu stark belastet werden. Auch die Prä-

Schweizer Gesundheitsausgaben sind Mittelmasse
Anteil Gesundheitsausgaben am BIP in Prozent



mienvorbildung für tiefe Einkommen ändert daran nur wenig. Die Schweiz ist reich genug, um sich ein gutes Gesundheitssystem zu leisten. Weil aber der Reichtum so ungleich verteilt ist, muss auch die Finanzierung

der Gesundheitskosten anders aufgeteilt werden. Die Prämienentlastungsinitiative der SP ist ein erster Schritt dazu.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Nebenjob: Warum will sie mir nun eine Quellensteuer abziehen?

Ich arbeite Teilzeit in einem Reinigungsinstitut und möchte daneben noch ein paar Stunden für einen privaten Haushalt arbeiten. Natürlich möchte ich das nicht als Schwarzarbeit verrichten, was ich meiner potentiellen neuen Arbeitgeberin gesagt habe. Diese sieht das gleich und hatte vor mir bereits andere Reinigungspersonen. Sie erzählte mir aber etwas von einem Abzug für die Quellensteuer. Seit meiner Einbürgerung als Schweizerin musste ich noch nie Quellensteuer bezahlen. Läuft da etwas falsch?

MYRIAM MUFF: Nein, im Gegenteil. Ihre Arbeitgeberin wendet sicher das vereinfachte Abrechnungsverfahren an. Dieses ist Teil des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Von diesem Verfahren können Arbeitgeberinnen



SAUBERE ABRECHNUNG: Die Quellensteuer kann auch bei Schweizerinnen angewendet werden. FOTO: 123RF

freiwillig Gebrauch machen, wenn sie sich bei der für sie zuständigen kantonalen Ausgleichskasse anmelden. Es erleichtert ihnen die Abrechnung der Sozialversicherungsbeiträge und gleichzeitig der Quellensteuer, die in dieser Konstellation auch für Schweizer Arbeitnehmende zur Anwendung kommt. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Lohn pro Jahr nicht 22'050 Franken übersteigt. Das vereinfachte Verfahren ist also gerade für Arbeitsverhältnisse in geringerem Umfang ideal. Neben Ihrem Anteil an Sozialversicherungsbeiträgen muss Ihre Arbeitgeberin Ihnen von Ihrem Lohn auch die Quellensteuer in der Höhe von 5 Prozent abziehen. Beide Abzüge muss die Arbeitgeberin am Schluss des Jahres, zusammen mit den eigenen Arbeitgeberbeiträgen sowie den Familienzulagen, der Ausgleichskasse einzahlen. Das vereinfachte Abrechnungsverfahren bringt zudem den Vorteil, dass Ihre Arbeitgeberin auch die obligatorische Unfallversicherung nicht vergisst. Damit sind Sie auch versichert, falls Sie am neuen Arbeitsplatz einen Unfall verursachen.

Unfall: Drei Tage ohne Lohn?

Kürzlich hatte ich einen Arbeitsunfall und war deswegen drei Wochen arbeitsunfähig. Auf meiner Lohnabrechnung sind zwar Tagelöhner der Unfallversicherung vermerkt, aber offenbar erhalte ich für die ersten drei Tage nach dem Unfall nichts. Ist das zulässig?

MYRIAM MUFF: Nein. Es ist zwar so, dass die obligatorische Unfallversicherung Ihrem Arbeitgeber gemäss Unfallversicherungsgesetz erst ab dem dritten Tag nach dem Unfall ein Tagelohn von 80 Prozent des versicherten Lohnes vergüten muss. Dies heisst aber nicht, dass Sie in den ersten drei Tagen leer ausgehen müssen. Das Obligationenrecht sieht nämlich vor, dass Arbeitgeber den Lohnersatz selbst bezahlen müssen, wenn die Versicherung erst nach einer Wartezeit bezahlt.

Auf direktem Weg in die Stiffti: Wir zeigen dir, welche Punkte bei der Suche

Wie finde ich am besten eine Lehrstelle?

Es ist die erste grosse Entscheidung des Lebens: Welchen Beruf will ich erlernen? work gibt konkrete Tipps, wie die Lehrstellensuche gelingt und worauf Schülerinnen und Schüler im Berufswahlprozess achten sollten.

MARIA KÜNZLI

Will ich einen handwerklichen Beruf erlernen? Ist es mir wichtig, draussen zu arbeiten oder lieber drinnen am Computer? Mit solchen Fragen beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler in der Regel ab der 8. Klasse intensiv. Mit Schnupperlehren und dem Besuch von Berufsmessen lernen sie verschiedene Berufe in der Praxis kennen. Ab der 9. Klasse wird es ernst, und die Bewerbungsphase beginnt. Zurzeit sind rund 40'100 freie Lehrstellen ausgeschrieben (rebrand.ly/offene-lehrstellen). Also nur Mut! Hier gibt es die besten Tipps und nützliche Adressen:

Schnuppern hilft

Nutze die Gelegenheit, Betriebe mit einer Schnupperlehre kennenzulernen! Schnupperlehren können ein bis mehrere Tage dauern. Ausgeschriebene Schnupperlehren findest du unter rebrand.ly/

Idealerweise versteifst du dich nicht auf einen einzelnen Beruf.

yousty-schnupperlehren. Unter www.berufsberatung.ch gibt es eine Liste mit Betrieben, die für Schnupperlehren angefragt werden können (zur Liste: rebrand.ly/kontakte-schnupperlehren). Oft finden Schnupperlehren auch als Teil des Bewerbungsprozesses statt: Damit prüfen die Lehrbetriebe, ob du dich für die Lehrstelle eignest. Es ist aber auch für dich ein wichtiger Testlauf, damit du herausfinden kannst, ob dir der Betrieb wirklich zusagt.

Suche breitflächig

Freie Lehrstellen findest du online zum Beispiel über die Plattform berufsberatung.ch (Direktlink zu den ausgeschriebenen Lehrstellen: rebrand.ly/lehrstellenboerse) oder über die Plattform yousty.ch. Du kannst auch im Internet nach Fir-

men suchen und diese direkt anfragen, ob sie Lernende ausbilden. Sprich auch mit deinen Eltern, Lehrpersonen, Freundinnen, Freunden und Bekannten über deinen Berufswunsch. Vielleicht kennt jemand jemanden, der jemanden kennt...? Persönliche Empfehlungen sind immer hilfreich.

Telefoniere

Es braucht Mut, aber es lohnt sich: Ruf beim Betrieb an, bei dem du dich bewerben möchtest, und frag nach, ob die ausgeschriebene Lehrstelle noch frei sei. Vielleicht kommen dir weitere Fragen zum Ausbildungsplatz in den Sinn. Du kannst auch fragen: Möchten Sie die Bewerbung online oder per Post? Welche Beilagen brauchen Sie? An welche Person kann ich die Bewerbung schicken? Mit einem Telefonanruf zeigtst du, dass du echtes Interesse an der Stelle hast – so hebst du dich von den anderen Bewerbenden ab.

Bewirb dich online, aber nicht weniger sorgfältig

Mittlerweile bevorzugen die allermeisten Unternehmen Onlinebewerbungen. Das ist einfacher, schneller, und du sparst dir die Bewerbungsmappe und das Porto. Falls du unsicher bist, in welcher Form der Betrieb die Bewerbung bevorzugt, fragst du am besten telefonisch nach. Einige Firmen stellen auf ihrer Website ein eigenes Bewerbungsformular zur Verfügung. Wichtig ist, das Formular lückenlos und ohne Fehler auszufüllen. Bewirbst du dich per Mail, schickst du das Bewerbungsdossier am besten als Anhang mit. Die Dokumente sollten insgesamt nicht grösser sein als 5 MB. Bekommst du keine Eingangsbestätigung der Firma, solltest du nach ein paar Tagen nachfragen, ob deine Bewerbung gut angekommen sei. Es kann immer mal was im Spamordner landen.



WORKTIPP

FIT FÜR DAS ERSTE TREFFEN

Hat deine Bewerbung überzeugt, wirst du zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Der potentielle Ausbilder oder die Ausbilderin will dich so noch etwas besser kennenlernen, und es ist auch für dich eine Gelegenheit, dir noch ein genaueres Bild vom Betrieb und dem Team zu machen. Es ist wichtig, dass du dich gut auf das Gespräch vorbereitest. Das macht einen guten Eindruck und lindert die Nervosität. Viele praktische Tipps und Infos zum Vorstellungsgespräch findest du zum Beispiel hier: rebrand.ly/vorstellungsgespraech.

Investiere genug Zeit in das Bewerbungsdossier

Das Bewerbungsdossier ist deine Visitenkarte. Deshalb ist es wichtig, dass es vollständig und sowohl optisch wie inhaltlich überzeugend daherkommt. Das Herzstück der Bewerbung ist das Motivationsschreiben. Darin erklärst du, warum gerade du dich für die Lehrstelle eignest. Lass ein paar

Informationen über das Unternehmen einfließen, um zu zeigen, dass du dich informiert hast. Die Bewerbung sollte möglichst keine Flüchtigkeits- oder Rechtschreibfehler enthalten. Unbedingt noch einmal von jemandem kontrollieren lassen! Was alles in die Bewerbung reingehört, erfährst du hier: rebrand.ly/bewerbungsdossier.

Verlier nicht den Überblick

Bewirbst du dich gleichzeitig auf mehrere Lehrstellen, machst du am besten eine Liste, um den Überblick zu behalten: Wann hast du die Bewerbung abgeschickt, mit welcher Person gesprochen und welche Fragen gestellt. Das hilft dir, falls es zu einem Bewerbungsgespräch kommt.

nach einer Lehrstelle besonders wichtig sind

Lehrstelle?

BERUFSWAHL-WEBSITES

SURFE ZUM BERUF!

www.berufsberatung.ch ist die offizielle Plattform der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung mit Lehrstellenbörse und Adressen für potentielle Schnupperlehrbetriebe. www.yousty.ch bietet neben einer Lehrstellen- und Schnupperlehrbörse umfassende Informationen rund um die Berufswahl. www.berufsbildungplus.ch ist eine interaktive Plattform, auf der Lernende regelmässig mit Live-Videos ihre Berufe vorstellen. Dank Chat-Funktion können Jugendliche mit dem Lehrbetrieb in Kontakt treten. Alle bisherigen Streams stehen zum Anschauen zur Verfügung. www.gateway.one hat Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten, Lehr- und Schnupperstellen zusammengestellt. Einschliesslich Berufswahlanalyse, Persönlichkeitstest und Online-Lehrstellenbörse. www.baam.ch bietet viele Infos zu Unternehmen und informiert über Events, an denen man potentielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber kennenlernen kann. Mit Tipps zum Bewerbungsprozess. (mk)

Halte einen Plan B parat
Idealerweise versteifst du dich bei der Lehrstellensuche nicht auf einen einzelnen Beruf. Fachpersonen empfehlen, zwei bis drei Berufe in der engeren Auswahl zu haben, wenn es ans Bewerben geht. Um herauszufinden, welche Berufe in Frage kommen, gibt es Onlinetests. Zum Beispiel den Berufsfinder der Plattform Yousty (rebrand.ly/yousty-onlinetest) oder den Berufsexplorer der Berufsberatung (rebrand.ly/berufsexplorer).

Lass dich nicht entmutigen

Es kann gut sein, dass bei mehreren Bewerbungen erst einmal Absagen eintrudeln. Lass dich nicht entmutigen! Vielleicht gibt es in deinem gewählten Beruf nur wenige Lehrstellen. Oder es gibt in

deiner Wohnregion nicht viele Betriebe, die Lehrstellen im gewünschten Bereich anbieten. Falls du nicht weisst, weshalb du eine Absage bekommst, lohnt es sich auch, beim Betrieb nach dem Grund zu fragen. Vielleicht war das Bewerbungsdossier unvollständig oder fehlerhaft? Dann kannst du die Fehler für die nächste Bewerbung ausmerzen. Falls es nicht gleich klappt mit der Traumstelle: keine Panik, es führen meistens mehrere Wege zum Ziel. Brückenangebote und Sprachaufenthalte können deine Qualifikationen verbessern und damit auch deine Chance auf dem Lehrstellenmarkt. Er oder sie kann Sie aus medizinischen Gründen teilweise krank schreiben.

HANDWERKLICH BEGABT: Eine Schnupperlehre hilft dir herauszufinden, ob der Wunschberuf wirklich zu dir passt. FOTO: GETTY IMAGES



IHNEN FEHLT DIE ENERGIE? Wenn Sie sich als Schwangere nicht in der Lage fühlen, Ihre Arbeiten zu erledigen, konsultieren Sie am besten Ihre Ärztin. FOTO: ISTOCK

Werdende Mütter haben ein Recht auf Schonung an ihrem Arbeitsplatz

Schwanger: Das sind Ihre Rechte

Während der Schwangerschaft und 16 Wochen nach der Geburt stehen Sie unter besonderem Schutz. Bei Ihrer Arbeitsstelle haben Sie Rechte, die Sie kennen sollten.

MARIA KÜNZLI

Zwei dicke rote Striche – Sie sind schwanger! Glückwunsch! Nun gibt es viel zu planen. Vor allem: Wie geht es mit dem Job weiter? Rechtlich gesehen stehen Sie als Schwangere unter besonderem Schutz. work gibt Ihnen die wichtigsten Infos.

Kann mir während der Schwangerschaft gekündigt werden?

Nein, nach Ablauf der Probezeit stehen Sie während der Schwangerschaft und 16 Wochen nach der Geburt unter Kündigungs-

schutz. In der Schwangerschaft auch dann, wenn Ihre Vorgesetzten noch gar nichts vom kommenden Nachwuchs wissen. Würde Ihnen vor der Schwangerschaft gekündigt, wird die Kündigungsfrist unterbrochen und läuft erst nach Ablauf von 16 Wochen nach der Geburt weiter.

Muss ich meinem Chef sagen, dass ich schwanger bin?

Alles, was Ihren Körper betrifft, ist privat. Sie haben das Recht, über Ihre Schwangerschaft zu schweigen. Viele Frauen behalten die Schwangerschaft während der ersten drei Monate, in denen das Risiko einer Fehlgeburt in der Regel am höchsten ist, für sich. Sie sollten Ihre Chef:in oder Ihren Chef aber spätestens dann informieren,

sobald Sie Schonung benötigen oder eine bestimmte Arbeit nicht mehr ausführen können. Nur so kann auf Ihren Zustand Rücksicht genommen werden.

Ich habe einen Job, der mich körperlich beansprucht. Muss ich diese Arbeiten noch ausführen?

Arbeiten, die vom Gesetz als schwerlich eingestuft werden, dürfen von schwangeren und stillenden Frauen nicht übernommen werden. Die Mutterschutzverordnung (rebrand.ly/mutterschutzverordnung) enthält eine Liste von Arbeiten, die Sie in Ihrem Zustand nicht oder nur bedingt ausführen dürfen. Ihre Arbeitgeberin muss Ihnen eine weniger schwere, aber gleichwertige Arbeit anbieten. Ist dies nicht möglich, haben Sie Anspruch auf 80 Prozent

des Lohns und können zu Hause bleiben. Von Arbeiten, die Sie als beschwerlich empfinden, muss Sie Ihre Chef:in oder Ihr Chef ebenfalls entlasten.

Muss ich zur Arbeit erscheinen?

Als Schwangere dürfen Sie der Arbeit ohne Angabe von Gründen fernbleiben oder den Arbeitsplatz früher verlassen (Bescheid geben müssen Sie aber). Aber Achtung: Ein Lohnanspruch besteht nur dann, wenn Sie aus medizinischen Gründen arbeitsunfähig sind. Fühlen Sie sich aufgrund der Schwangerschaft nicht in der Lage zu arbeiten, konsultieren Sie Ihre Frauenärztin oder Ihren Frauenarzt.

Sollte ich mein Pensum während der Schwangerschaft reduzieren?

Auf keinen Fall! Die Höhe des Erwerbssatzes, den Sie während des bezahlten Mutterschaftsurlaubs erhalten, berechnet sich nach der Höhe des Lohns vor der Geburt. Bei einem Teilzeitpensum ist dieser entsprechend tiefer. Ist Ihnen das Pensum zu hoch, besprechen Sie sich mit Ihrer Frauenärztin oder Ihrem Frauenarzt. Er oder sie kann Sie aus medizinischen Gründen teilweise krank schreiben.

Muss ich Überstunden machen?

Auch hier schützt Sie das Gesetz: Als Schwangere oder stillende Frau dürfen Sie nicht länger als die vereinbarte tägliche Arbeitszeit beschäftigt werden. Sie dürfen insgesamt nicht länger als neun Stunden pro Tag arbeiten.

NEWSLETTER-TIPP

BLEIBEN SIE INFORMIERT!

In der Schwangerschaft geschieht jeden Monat Unglaubliches in Ihrem Körper. Um Schwangerschaftsratgeber zu lesen, fehlt Ihnen aber die Zeit? Der kostenlose Newsletter der Onlineplattform swissmom informiert Sie Woche für Woche – jeweils am ersten Tag der neuen Schwangerschaftswoche – darüber, wie sich Ihr Körper gerade verändert und wie sich Ihr Baby in dieser Phase entwickelt. Einschliesslich Tipps gegen allfällige Beschwerden. Mehr Infos: rebrand.ly/swissmom-newsletter

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



QUAL DER WAHL: Das Angebot für Podcasts ist breit, doch welches passt zu mir? FOTO: DEPOSITPHOTOS

Das sind die nützlichsten Podcast-Apps

Ob Comedy, Nachrichten oder Sendungen zu Gesundheit, Kunst und Wissenschaft – zu fast jedem Thema gibt es Podcasts zum Herunterladen oder Streamen. Doch nicht alle Apps, die man für die Wiedergabe dieser Hörsendungen benötigt, sind auch benutzerfreundlich. Die grundlegenden Bedienelemente sind zwar bei allen Apps dieselben. Manche Apps sind jedoch mit Vorschlägen für weitere Podcasts überladen oder haben weniger oder schlechter zugängliche Einstellungsmöglichkeiten als andere.

DER TEST. «Saldo» hat verbreitete Apps verglichen. Die meisten sind kostenpflichtig, lassen sich aber auch kostenlos bedienen, wenn man auf einige Funktionen verzichtet. Bei allen Apps kann man ein Benutzerkonto erstellen, um auch von anderen Geräten auf die eigenen Wiedergabelisten und Hörverläufe zugreifen zu können. Am besten abgeschnitten hat «Antenna Pod» für Android. Die kostenlose App ist sehr übersichtlich gestaltet und einfach zu bedienen. Auch Overcast (iPhone) sowie Castbox und Pocket Casts (Android und iPhone) haben sehr gute Bewertungen erhalten. Castbox punktet mit sehr detaillierten Einstellungsmöglichkeiten. Zudem lassen sich im «Zen-Modus» beruhigende Klänge zum Einschlafen abspielen. Overcast und Pocket Casts haben beide ein sehr übersichtliches, aufgeräumtes Layout. Overcast ist nur in Englisch erhältlich. Die Streaming-App Spotify kann ebenfalls Podcasts und Hörbücher abspielen. Diese Vielseitigkeit geht allerdings zulasten der Übersichtlichkeit. Sucht man innerhalb seiner Podcastsammlung zum Beispiel nach einem bestimmten Thema, werden auch Songs und Hörbücher aufgelistet. MARC MAIR-NOACK

Manche Apps sind mit Vorschlägen für weitere Podcasts überladen.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät: Wer bezahlt mein Mittagessen?

Bekomme ich als Lehrling in der Schreinerei die Kosten für das Mittagessen erstattet? Nach den GAV-Bestimmungen sollten sie ab einer Entfernung von 10 Autominuten vom Unternehmen übernommen werden. Mein Chef erstattet mir die Kosten jedoch nicht.

gelegt, dass Lernende nicht in den Geltungsbereich des GAV fallen. Du kannst dich nicht darauf berufen. Wenn in deinem Arbeitsvertrag nichts geregelt ist,



Félícia Fasel, Jugendsekretärin.

« Wenn du deine Lehre als Schreinerin oder als Schreiner in einem Betrieb machst, der einem GAV untersteht, sollte darin ersichtlich sein, ob er auch für die Lernenden gilt. Dafür kannst du auf die Internetseite GAV-service.ch gehen. Der GAV für das Schreinerergewerbe in der Deutschschweiz und im Tessin legt tatsächlich fest, dass die Kosten für auswärtige Mahlzeiten vergütet werden. Darin ist jedoch fest-

hast du keinen Anspruch auf eine Entschädigung. Wenn deinen Schreinerkollegen und -kollegen die Kosten erstattet werden, kannst du mit deinem Arbeitgeber darüber sprechen, dass es fair wäre, dir aus Gründen der Gleichheit die Kosten ebenfalls zurückzuerstatten.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.

WORKLESERFOTO



Die Sonnenhungrige

WANN 22. Oktober 2023
WO Burgdorf BE
WAS Geranie sonnt sich in der milden Herbstsonne
 Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 17 / 20.10.2023: «DA MACHEN WIR NICHT MIT!» Unethisch

Kostenbremse im Gesundheitswesen geht letztlich nur über Leistungsabbau. Es ist jedoch sinnlos, diesen Leistungsabbau über die Reduktion des für die gewünschten Leistungen erforderlichen Personals erreichen zu wollen. Marktwirtschaftliche Massnahmen sind nicht zielführend. Bevor beim Personal abgebaut wird, ist es Aufgabe der Politik, zu definieren, welche Gesundheitsleistungen ein Patient zugute hat bzw. wann eine Behandlung verweigert werden muss, weil sie zu teuer und zu aufwendig ist. Letztlich stehen wir vor der ethischen Entscheidung, was ist ein Menschenleben wert und wann müssen Ärzte und Pflegende einen Menschen sterben lassen, weil die Belastung für die Allgemeinheit nicht mehr zumutbar ist. Es ist unethisch und unzumutbar, diese Triage dem Personal aufzubürden, indem man ihm

wegen Personalmangels die Möglichkeit nimmt, die Aufgaben noch korrekt zu erfüllen. Solange die Politik hier ihre Aufgabe zur ethischen Diskussion der Grenzen der Gesundheitsleistungen nicht wahrnimmt, ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, das Gesundheitswesen zu finanzieren, so dass es für die breite Bevölkerung tragbar bleibt. Die Umverteilung erfolgt automatisch über die Steuerprogression.

THOMAS ROSENBERGER, VIA WORKZEITUNG.CH

Trugschluss

Bedenken sollte man auch, dass durch die Unterbesetzung deutlich mehr Fehler passieren können. Komplikationen sind programmiert, Patientinnen und Patienten leiden darunter. Die Kosten werden dadurch deutlich erhöht und nicht gesenkt.

MARIA FRAUCHIGER, VIA WORKZEITUNG.CH

Dann soll die Regierung ran

Am besten wäre, ihr hängt die Kittel an den Nagel und lasst die Regierung die Arbeit tun!

SUSI MEIER, VIA FACEBOOK

Steht auf!

Ich hatte das «Glück», drei Tage nach der Pressekonferenz in einem der betroffenen Spitäler einen Eingriff geplant zu haben. Nicht nur, dass ich bei der Narkose-nachsorge hautnah miterlebte, wie sehr die Situation die Mitarbeiter beschäftigt, so war es auf der Station ebenso der Fall. Auch hier merkte man deutlich, dass das

Personal niedergeschlagen war. Ich hoffe, die Entscheidungsträger erinnern sich daran, dass noch vor ein paar Monaten mit «Klatschen» versucht wurde, die Pflegenden zu unterstützen. Und dies, um ihnen einige Zeit danach den Boden unter den Füssen wegzuziehen. Was wurde aus: «Zu wenig Pflegepersonal, und wir werden das ändern» (übrigens schon über Jahre)? Ist nun die Änderung, dass die Bevölkerung keine optimale Pflege mehr erhält? Ist die Änderung dahingehend, dass sich Menschen, die ihre Aufgabe darin sehen, anderen zu helfen, nun auf die Strasse gesetzt werden? Optimale medizinische Versorgung ist ein Grundrecht in der Schweiz und sollte nicht an Profitdenken, EBIT, Rentabilität geknüpft sein. Zu Recht, liebe Pflegende in allen Bereichen: Steht auf und wehrt euch!

MICHAELA LÄSSER, VIA WORKZEITUNG.CH

Idiotie

Ich als Deutscher habe es bereits vor 15 Jahren kommen sehen: Die Idiotie, sich unser desolates Gesundheitssystem als Vorbild zu nehmen, führt schliesslich und endlich genau zu diesen Zuständen. Und dann das Wahlergebnis vom 22. Oktober... Man sollte sich auf jeder Seite des Bettes warm anziehen.

CHRISTIAN HACKAMP, VIA WORKZEITUNG.CH

Warum SVP?

Wählt noch mehr SVP. Diese beherrschen den bürgerlichen Block und verhindern nachhaltig, dass dem Pflegepersonal geholfen wird!

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

WORK, DIVERSE BEITRÄGE ÜBER DIVIDENDENAUSSCHÜTTUNGEN:

Wo ist da das Recht?

In einem Rechtsstaat ist es offenbar üblich, dass in gewissen Firmen die ausgeschütteten Dividenden höher sind als ihre Lohnsummen. Zudem müssen in diesem Rechtsstaat die Dividenden nur zu einem kleinen Teil versteuert werden – die Lohnsummen hingegen vollständig. Wo ist da das Recht?

HEIRI GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

WORK 17 / 20.10.2023: RUNDGANG IN EINEM DENKMAL DER SCHANDE

Ausbeutung

Unser Wohlstand in der Schweiz beruht direkt oder indirekt auf Ausbeutung.

EVA-MARIA FROIDEVAUX, VIA FACEBOOK

WORK 17 / 20.10.2023: «MEIN CHEF SCHULDET MIR 20 000 FRANKEN»

Ein zahnloser Papiertiger?

Wird das Gesetz über betrügerischen Konkurs zu wenig scharf angewendet, oder ist es, wie so oft in der Schweiz, ein zahnloser Papiertiger?

ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16





ROMINA LEUCCI VOM DORF IN DIE WELT

Aufgewachsen ist Romina Leucci in einem kleinen Dorf in der Nähe von Lörrach in Deutschland. «Da hatte es doppelt so viele Kühe wie Menschen», sagt sie. Bis heute mag sie es beschaulich. Mit ihrem Partner lebt sie in Riehen BS. Sie geniesst die Ruhe. Das gegenseitige Grüssen auf der Strasse. Und den direkten Austausch mit den Nachbarinnen. «Es ist ein Privileg, so zu wohnen. Das schätze ich sehr!»

FERNWEH. Dennoch zieht es Leucci jedes Jahr weg. Mindestens drei Mal. «Das Reisen ist meine grosse Leidenschaft!» Ihr Herz verloren hat sie an Budapest; ihrer absoluten Lieblingsstadt. Freundlich, unkompliziert, günstig – und einfach schön mit der Donau, den vielen Thermalbädern, den Brücken und der Altstadt. Romina Leucci ist Unia-Mitglied. Ihr Monatslohn beträgt für ein 100-Prozent-Pensum brutto knapp 7100 Franken, plus Schichtzulagen.

Als Chemietechnologin kontrolliert **Romina Leucci (29)** auch pH-Werte. Sauer wird sie aber nur bei Ungerechtigkeiten.

«Ich sage immer, was ich denke»

Romina Leucci schaufelt Feststoffe, kontrolliert riesige Tanks und misst Proteinwerte. Die 29jährige produziert beim Pharmariesen Roche Krebsmedikamente. Vor Schwierigkeiten krebst die Präsidentin der Personalkommission nicht zurück.

SARAH FÖRRER | FOTO STEFAN BOHRER

Menschen in Regenjacken und Schirmen eilen an diesem Donnerstagmorgen über den Wettsteinplatz in Basel. Im Hintergrund ragen die Roche-Türme gegen den trüben Himmel. Mit über 200 Metern sind sie die höchsten Gebäude der Schweiz. Romina Leucci hat sie wachsen sehen. Meter für Meter. Seit 13 Jahren arbeitet die gebürtige Deutsche mit italienischen Wurzeln beim Pharmakonzern. Zuerst absolvierte sie dort die Lehre als Chemietechnologin, 2013 zog sie in den Glasbau an der Grenzacherstrasse. Heute ist dieser eingeklemmt zwischen den zwei Türmen.

Leucci stellt gemeinsam mit ihren Teamkollegen die Krebsmedikamente Avastin und Tecentriq her. Die Produktion läuft 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Ihre nächste Schicht fängt um 14 Uhr an. Vorher nimmt sie sich Zeit für ein Gespräch in einem nahe gelegenen Café. Sie schält sich aus ihren nassen Regenkleidern und wischt sich die Tropfen aus dem Gesicht. 20 Minuten ist sie von ihrer Wohnung in Riehen durch den Regen geradelt. Angst davor, nass zu werden, hat sie nicht. Auch nicht im Arbeitsleben: «Ich sage immer, was ich denke. Damit entspreche ich voll dem Klischee der temperamentvollen Italienerin», sagt sie lachend.

KÄMPFERIN. Früher stand ihr ihre impulsive und direkte Art oft im Weg. «Ich ging

mit dem Kopf durch die Wand und eckte damit an», sagt sie. Heute nutzt sie ihren Mut und ihre Durchschlagskraft, um sich für die Mitarbeitenden einzusetzen. Seit 2019 sitzt sie in der Personalkommission (Peko) von Roche. Dort vertritt sie die Interessen von 900 Leuten – all jenen, die dem Gesamtarbeitsvertrag der chemisch-pharmazeutischen Industrie unterstehen. Seit diesem Jahr amtiert sie als Präsidentin. Für die Arbeit in der Peko wird sie von Roche 50 Prozent freigestellt.

Die Anliegen der Mitarbeitenden sind vielfältig: von ungerechtfertigten Verwarungen über Unzufriedenheit mit der Lohnerhöhung bis hin zu Konflikten mit den Vorgesetzten. Manchmal tragen die Angestellten auch persönliche Probleme und Krisen zu Leucci. «Die Leute brauchen eine Vertrauensperson. Ich höre zu und versuche zu helfen. Wenn ich nicht die richtige Ansprechperson bin, dann vermittele ich sie zu einer anderen Stelle.» Von denen gibt es bei Roche einige: Psychologinnen, Sozialarbeiter oder Laufbahnberaterinnen, aber auch Ernährungsberater und Fitness-Instruktorinnen.

VERMITTLERIN. «Roche hat sehr viele Angebote. Doch die meisten kennen diese gar nicht.» Das ist ein Ziel, das sich Romina Leucci mit der Peko gesetzt hat – eine bessere Information und mehr Transparenz. Allgemein sieht Leucci in der Kommunikation einen wichtigen Hebel. Gerade bei einem Grosskonzern. Die Arbeit in der Kommission hat ihr geholfen, die Hintergründe und Zusammenhänge besser zu verstehen. «Das hilft, Entscheidungen von oben besser nachzuvollziehen», sagt Leucci. Energie verwendet sie auch darauf, die besten Konditionen für die Mitarbeitenden auszuhandeln. Auch lohnt sich. «Es kann nicht



STERILE WELT: Schutzanzüge, Handschuhe, Schutzbrille, Sterilisationsmittel und riesige Kessel gehören zum Arbeitsalltag von Romina Leucci. FOTOS: ROCHE

sein, dass die Kaufkraft abnimmt», sagt sie kämpferisch.

Leucci schaut auf die Uhr. Es bleibt noch etwas Zeit. Zeit, um über ihre eigentliche Arbeit zu reden. In der Produktion für Krebsmedikamente. Die 29jährige arbeitet in der Aufreinigung. Aufreini-was? Leucci lacht. «Für Aussenstehende ist es kompliziert.» Sie kneift ihre Augen zusammen und überlegt. «Es lässt sich mit der Grundwasserreinigung vergleichen.» In verschiedenen Schritten reinigen sie den flüssigen Wirkstoff, bis er gänzlich rein und frei von Zusätzen wie Salzen oder Nährstoffen ist.

TEAMPLAYERIN. Dabei wird geklotzt und nicht gekleckert: Die zwei riesigen Kessel in der Anlage haben ein Fassungsvermögen von über 6000 Litern. Meterhohe Säulen sieben die unerwünschten Stoffe ab. Alles vollautomatisch. Alles steril. Bis Leucci überhaupt mit der Arbeit beginnt, muss sie durch zwei Schleusen. Schutzanzug, Schutzbrille und Sterilisationsmittel

bestimmen ihren Alltag. Der ganze Vorbereitungsprozess wie das Umziehen wird der Arbeitszeit gutgeschrieben.

In jeder Schicht arbeiten sie zu zwölft. Zur Sicherheit – und zum Austausch. «Wir sind Teamplayer. Anders ginge es nicht.» Allein für das Abwiegen der benötigten Feststoffe sind mehrere Hände nötig. Oft wird tonnenweise Material verarbeitet. Nur im Labor, beim Messen des Proteingehalts, ist sie auf sich gestellt.

Langweilig wurde es der lebhaften Brünetten in den vergangenen Jahren noch nie. Sie schätzt den regen Austausch im Team. Die konzentrierte Arbeit im Labor. Sogar die Schichtarbeit. Dennoch ploppt in letzter Zeit ab und zu die Frage auf: Wie weiter? «Bei Roche gibt es die Möglichkeit eines Perspektivenwechsels. Da kann man für einige Monate in einen völlig anderen Bereich reinschnuppern. Vielleicht mache ich das mal», sagt sie. Dann steht sie auf. Verabschiedet sich und läuft raus in den Regen. Sie wird ihren Weg finden. Bei jeder Wetterlage.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Hans Baumann, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch
Korrektur Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jäilly, verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Fabienne Jäilly, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2,80, Euro 2.–
Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.